

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures

Abg. Harald Kühn

Abg. Hans-Ulrich Pfaffmann

Abg. Harald Güller

Abg. Dr. Karl Vetter

Abg. Ulrich Leiner

Abg. Bernhard Seidenath

Abg. Kathrin Sonnenholzner

Abg. Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer

Abg. Jürgen Baumgärtner

Abg. Klaus Holetschek

Abg. Doris Rauscher

Staatsministerin Melanie Huml

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Ich rufe **Tagesordnungspunkt 18** auf:

Haushaltsplan 2015/2016

Einzelplan 14 für den Geschäftsbereich des Bayerischen Staatsministeriums für Gesundheit und Pflege

hierzu:

Änderungsanträge von Abgeordneten der CSU-Fraktion (Drsn. 17/4327 mit 17/4334 sowie 17/4416 und 17/4417)

Änderungsanträge von Abgeordneten der SPD-Fraktion (Drsn. 17/4147 mit 17/4157)

Änderungsanträge von Abgeordneten der Fraktion FREIE WÄHLER (Drsn. 17/4351 mit 17/4359)

Änderungsanträge von Abgeordneten der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (Drsn. 17/4142 mit 17/4146)

Im Ältestenrat wurde für die Aussprache eine Gesamtredezeit von 1 Stunde und 30 Minuten vereinbart. Davon entfallen auf die Fraktion der CSU 25 Minuten, auf die SPD-Fraktion 16 Minuten und auf die Fraktionen der FREIEN WÄHLER und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN jeweils 12 Minuten. Die Redezeit der Staatsregierung orientiert sich an der Redezeit der stärksten Fraktion. Sie kann deshalb bis zu 25 Minuten sprechen, ohne dass sich dadurch die Redezeit der Fraktionen verlängert.

Bevor ich die Aussprache eröffne, kündige ich gleich an, dass für die Endabstimmung über den Einzelplan namentliche Abstimmung beantragt worden ist.

Ich bitte nun den ersten Redner zum Rednerpult, Kollegen Harald Kühn.

Harald Kühn (CSU): Sehr geehrte Frau Präsidentin, Frau Staatsministerin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Gesundheit bedeutet Lebensqualität. Auch im Hinblick auf die Lage im Bereich Gesundheit und Pflege können wir froh sein, in Deutschland und in Bayern zu leben. Unsere Versorgungsqualität gehört bei aller Offenheit für Verbesserungsvorschläge zu den besten der Welt. Bei uns hat grundsätzlich jeder

Bürger Anspruch auf qualitativ hochwertige ärztliche Hilfe, unabhängig von Einkommen, Alter, sozialer Herkunft und gesundheitlichem Risiko.

Im bundesdeutschen Vergleich braucht sich Bayern nicht zu verstecken. In Bayern gibt es Spitzenmedizin – der Hinweis auf unsere Uni-Kliniken, stellvertretend für die anderen Bereiche, dürfte genügen. Bei der Ärztedichte liegt Bayern auf Platz 1 unter den deutschen Flächenstaaten. Im Zusammenwirken mit allen Beteiligten im Gesundheitswesen, vor allem mit der kommunalen Familie, den Gemeinden, Städten, Landkreisen und Bezirken, den Trägern der Freien Wohlfahrtspflege und den Privaten konnten bedarfsgerechte und patientenorientierte Versorgungsstrukturen geschaffen werden.

Solide Finanzen, das heißt ein ausgeglichener Staatshaushalt, das Ziel der Schuldenfreiheit, sind dazu jedoch auch künftig die ebenso entscheidende Voraussetzung wie ein Ja zu Forschung und Wissenschaft im eigenen Land. Stichworte sind Medizintechnik, Pharmaindustrie, die personalisierte Medizin und Biotechnologie. Entscheidend ist zudem eine bestmögliche Bewusstseinsbildung in der Bevölkerung.

Für seine Krankenhäuser engagiert sich der Freistaat seit Jahrzehnten auf Bundesebene für eine angemessene Erlössituation und in Bayern im investiven Bereich. Die Abfinanzierungsquote für die laufenden Projekte beträgt zurzeit 100 %. Die Investitionsmittel in Höhe von 500 Millionen Euro und die pauschalen Fördermittel in Höhe von 200 Millionen Euro im Etat des Finanzministeriums sind derzeit ausreichend. Die wichtige Frage nach den Erlösen aus dem laufenden Betrieb, die wesentlich auf nationaler Ebene beeinflusst und geregelt werden, beschäftigt dort alle Verantwortlichen. Ein parteiübergreifender Konsens in dieser überaus wichtigen Frage wäre wünschenswert. Bei der künftigen Krankenhausstruktur darf es nicht um Lokalkolorit, sondern muss es um Qualität und Leistungsfähigkeit gehen.

Neben den privaten Angeboten muss die öffentliche, vor allem die kommunale Daseinsvorsorge erhalten werden. Sie darf durch keinerlei europäisches Recht, zum Bei-

spiel weder durch das Wettbewerbsrecht noch durch Freihandelsabkommen, gefährdet werden. Eine sinnvoll vernetzte Weltwirtschaft bietet große Chancen, hat eine wohlfahrtsfördernde und friedensstiftende Wirkung. An dieser Stelle möchte ich jedoch als meine persönliche Meinung ganz klar betonen und zum Ausdruck bringen, meine Damen und Herren: Bei den laufenden Verhandlungen zu den Freihandelsabkommen, die Bayern und Deutschland hoffentlich möglichst Positives bringen, darf es nicht dazu kommen, dass die kommunale Daseinsvorsorge vom Trinkwasser bis zur Gesundheit – Stichwort: öffentliche Krankenhausversorgung – in irgendeiner Weise angetastet wird. Die Tür darf keinen Millimeter aufgehen.

(Beifall bei der CSU)

Kein noch so großer Gewinn auf internationalen Märkten würde eine Preisgabe dieses für die kommunale Selbstverwaltung, die soziale Marktwirtschaft und den Primat der Politik so elementaren Bestandteiles rechtfertigen – im Gegenteil: Nicht nur im Interesse unserer Bürger, sondern auch der Menschen anderer Staaten gilt es, alles zu tun, diese Strukturen aufrechtzuerhalten.

(Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Ihr seid ja lernfähig!)

Meine Damen und Herren, deshalb bin ich persönlich auch absolut davon überzeugt, dass Bayern im Bundesrat und die CSU im Koalitionsausschuss keiner Regelung zustimmen wird, die nicht zu 100 % wasserdicht ist. Genauso, liebe Kolleginnen und Kollegen von der SPD, gehe ich allerdings davon aus, dass der Ihrer Partei zugehörige Bundeswirtschaftsminister erst gar keine Vorlage macht, die dem widersprechen würde, und dass auch die GRÜNEN im Bundestag und im Bundesrat entsprechend abstimmen werden. Alles andere wäre ein Eintrag auf der falschen Seite des Geschichtsbuches.

Meine Damen und Herren, der Schriftsteller Ödön von Horváth hat einmal gesagt: Das Herz der Völker schlägt im gleichen Takt. Ich hoffe, dass bei dieser elementaren Frage wirklich alle schwarzen, roten und grünen Herzen im gleichen Takt schlagen. Wir müs-

sen parteiübergreifend auch über diese Thematik hinaus alles tun, um grundsätzliche Eingriffe und Eingriffe nach Art einer Salamtaktik von interessierter Seite mit größter Entschlossenheit zurückzuweisen.

(Beifall bei der CSU)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Herr Kollege, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Harald Kühn (CSU): Nein. – Das ist auch deshalb notwendig, damit die guten Seiten und die Chancen, die mit solchen Abkommen verbunden sind, nicht gefährdet und nicht überlagert werden.

Meine Damen und Herren, mit seiner vom Bayerischen Landtag am 10. Oktober 2013 bestätigten Entscheidung, ein eigenes Staatsministerium für Gesundheit und Pflege einzurichten, dem ersten dieser Art in der bayerischen Geschichte, hat der Ministerpräsident seine Einschätzung der enormen und in Zukunft noch zunehmenden Bedeutung dieser Themenbereiche klar zum Ausdruck gebracht. Mit dem Einzelplan 14 für die Jahre 2015 und 2016 werden die Weichen dafür gestellt, dass den Bürgerinnen und Bürgern in Bayern auch weiterhin die bestmöglichen gesundheitlichen Versorgungsstrukturen zur Verfügung gestellt werden können.

Inzwischen ist die Aufbauphase des Ministeriums erfolgreich abgeschlossen. Nach der Neubestimmung der Geschäftsbereiche werden in dem vorliegenden Einzelplan 14 vor allem die personelle Ausstattung und die Haushaltsmittel der Einzelpläne 10 und 12 umgesetzt. An dieser Stelle sei der Hinweis gestattet, dass auf ausdrückliche Nachfrage bestätigt wurde, dass der Bedarf für die ärztliche Betreuung von Asylbewerbern nicht Planstellen des Gesundheitsministeriums betrifft, sondern im Rahmen von Finanzmitteln beim Sozialministerium geregelt ist.

Das Ministerium verfügt insgesamt über 195 Planstellen. In den kommenden zwei Jahren wird es eine Erhöhung um 15 Planstellen geben. Mit einem Haushaltsvolumen von

202,4 Millionen Euro ist eine gute Grundlage für die Arbeit in den nächsten zwei Jahren gelegt.

Zu den Schwerpunkten ist zu erwähnen, dass natürlich die Prävention eine ganz besondere Bedeutung hat. Unser Motto ist deshalb: Informieren und Motivieren, statt Vorschriften zu erlassen und die Menschen zu zwingen, abgesehen von Ausnahme- und Notfällen.

(Beifall bei der CSU)

Dafür stehen insgesamt 7,4 Millionen Euro zur Verfügung. Unsere Staatsministerin Melanie Huml hat angekündigt, die Prävention weiter ausbauen zu wollen. Das gilt für das Förderprogramm für die Kurorte und Heilbäder, das Jahresschwerpunktthema Kindergesundheit 2015, die Schuleingangsuntersuchung und genauso für das Thema Impfen – eine der größten Errungenschaften der Medizin.

Die Sucht- und Drogenpolitik des Freistaats Bayern ist mit 10,6 Millionen Euro angemessen berücksichtigt. Dabei wird auch die AIDS-Beratung weiter verstärkt.

Wir haben uns im Haushaltsausschuss – auch wenn dieses Thema im Justizministerium ressortiert – auch über die Situation der Gefangenen in Bayern unterhalten. Hier zeigt sich ein hohes Maß an Sensibilität über alle Parteigrenzen hinweg.

Die Telematikanwendungen werden fortgeführt. Darauf wird die CSU-Fraktion noch im Rahmen einer angestrebten Mittelerhöhung, für die sie sich hier eingesetzt hat, näher eingehen.

Meine Damen und Herren, die Menschen in Bayern profitieren von dieser hochwertigen und flächendeckenden Gesundheitsversorgung. Der Erhalt und die Verbesserung der ärztlichen Versorgung im ländlichen Raum ist und bleibt ein wesentliches Ziel. Deshalb werden die Förderprogramme für die Niederlassungsförderung, das Stipendienprogramm und die Förderung innovativer medizinischer Versorgungskonzepte weitergeführt. Ein Kernanliegen ist es, gerade im ländlichen Raum Strukturen zu stärken.

Immerhin handelt es sich um eine Wachstumsbranche, meine Damen und Herren: 875.000 Beschäftigte und 50 Milliarden Euro Jahresumsatz mit weiter steigender Tendenz. Deshalb geht mein Dank an das Ministerium für das Projekt "Gesundheitsregion plus", das in einer erweiterten Form fortgeführt werden soll.

Der Mensch steht im Mittelpunkt unserer Politik. Deshalb werden wir auch im Pflegebereich weiter Akzente setzen, so bei der Förderung der Familienpflege. Meine Damen und Herren, bei der stationären Pflege haben wir in Bayern im Durchschnitt Bedarfserfüllung und sogar 10 % freie Plätze. Trotz allem werden wir die Situation weiterhin genau beobachten.

Was wir – wie andere Regionen auch – brauchen, sind Initiativen zur Förderung der Pflegeberufe. Ich erwähne die Kampagne "Herzwerker", aber auch die innerhalb des Ministeriums in Prüfung befindliche Pflegekammer und den derzeit auf Bundesebene diskutierten und behandelten Referentenentwurf über die Zukunft der Pflegeberufe. Hinzu kommen ein Demenzpreis und ein bayerisches Demenzregister, die diesen Bereich abrunden sollen.

Die Transplantationsmedizin, meine Damen und Herren, hat natürlich eine zentrale Bedeutung. Bei der neuen rechtlichen Weichenstellung auf Bundesebene, die wir zwar etwas anders wollten, mit der wir jetzt aber arbeiten müssen, geht es darum, die Öffentlichkeitsarbeit deutlich zu verstärken. Deshalb werden wir diesen Bereich genauso im Auge behalten wie die Palliativversorgung und die Hospizarbeit.

Sie sehen also, die wesentlichen Schwerpunkte sind richtig gewählt, meine Damen und Herren. In engagierten und intensiven Beratungen im Fachausschuss und in den anderen Gremien sowie auch im Haushaltsausschuss wurde ein gutes Fundament für die Arbeit des Ministeriums in den nächsten zwei Jahren gelegt.

Mein Dank gilt unserem Ministerpräsidenten, der Gesundheitsministerin Frau Huml sowie allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern auf allen Ebenen der staatlichen Verwaltung. Ich danke dem Kollegen Imhof, dem Pflegebeauftragten der Staatsregierung,

den Kollegen Seidenath und Holetschek, dem Ausschussvorsitzenden Peter Winter sowie ausdrücklich allen Kolleginnen und Kollegen von der Opposition für die konstruktive Zusammenarbeit.

Meine Damen und Herren, wenn SPD und GRÜNE auf Bundesebene mit uns für eine bessere Finanzausstattung kämpfen – Signale dafür hat es, Herr Rinderspacher, ja schon gegeben, etwa beim Länderfinanzausgleich – und wenn auch Sie sich für die Regionalisierung von Steuern, zum Beispiel der Erbschaftsteuer, starkmachen würden, dann könnten wir das Geld, das dann zusätzlich in Bayern bleibt, für unsere Bürger und verstärkt auch für den Einzelplan 14 einsetzen.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit und bitte das Hohe Haus um Zustimmung zu diesem Haushaltsplan.

(Beifall bei der CSU – Zuruf des Abgeordneten Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER))

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Bitte bleiben Sie am Rednerpult, Herr Kühn. Es folgt eine Zwischenbemerkung des Kollegen Pfaffmann.

Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Herr Kollege Kühn, Sie haben sich im Rahmen des Haushaltsplans ausführlich zu den Handelsabkommen geäußert. Ich höre sehr gerne, dass Sie den Schutz der Daseinsvorsorge und somit auch der Gesundheitsvorsorge sehr hochhalten. Das ist auch unsere Meinung.

Sie haben auf den Wirtschaftsminister hingewiesen, der offensichtlich seine endgültige Position im Rahmen der europäischen Debatte in der Tat noch nicht gefunden hat. Ich erinnere Sie aber auch daran, dass sich die Bundeskanzlerin eindeutig zugunsten der derzeitigen Versionen der CETA- und TTIP-Abkommen ausgesprochen hat.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Der Kollege Lerchenfeld, der mittlerweile im Bundestag sitzt!)

Sind Sie denn mit uns dieser Meinung, oder würden Sie einen gemeinsamen Antrag mit uns unterstützen, der die Vertreter Bayerns dazu auffordert, im Bundesrat gegen diese Abkommen zu stimmen, wenn nicht hundertprozentig gewährleistet werden kann, dass die öffentliche Daseinsvorsorge unangetastet bleibt? Dann könnten wir möglicherweise eine gemeinsame Aktion ganz in dem heute von Ihnen formulierten Interesse starten. Das wäre neben den schönen Reden doch einmal eine ganz konkrete Aktion, um das umzusetzen, was Sie hier formulieren.

Harald Kühn (CSU): Herr Pfaffmann, ich denke, das dürfte im Hohen Hause relativ unstrittig sein. Die Zukunft der kommunalen Daseinsvorsorge liegt allen am Herzen. Wenn man das über die letzten 20 Jahre verfolgt, sieht man, dass die Situation an Schärfe zugenommen hat. Um dies im Detail nachzuvollziehen, dafür reicht der zeitliche Rahmen jetzt leider nicht aus.

Für mich war das bemerkenswert und erschütternd. Ich war damals noch Bürgermeister in meiner Heimatgemeinde – das ist schon über 15 Jahre her und war zuzeiten von Bundeskanzler Schröder –, da gab es einen parteilosen – nicht parteifreien – Bundeswirtschaftsminister Müller, und es wurde ein erster massiver, lobbygetriebener Vorstoß zur Privatisierung der Trinkwasserversorgung unternommen. Damals sind wir Bürgermeister und Werkleiter aus ganz Bayern parteiübergreifend nach Iphofen in Franken gefahren, um mit einer massiven Demonstration klarzumachen, dass wir das nicht wollen. Damit war das Thema vorläufig erledigt.

Nach Monaten habe ich einen Bekannten im Ministerium angerufen und gefragt: Können wir davon ausgehen, dass das erledigt ist? Antwort: Innenpolitisch in Deutschland – ja, aber sei versichert, das Thema Trinkwasser ist noch viel wichtiger als das Thema Öl in den letzten 100 Jahren. Über den Umweg Europa wird das wieder kommen.

Bei der letzten Runde haben wir ja vor Kurzem erlebt, dass gerade noch die Notbremse gezogen werden konnte. Herr Pfaffmann, unsere Position ist klar. Ich denke, wich-

tig ist, dass Sie mit dem Bundeswirtschaftsminister an der Spitze – und das meine ich jetzt ganz ernst, jenseits aller parteipolitischen Betrachtungen –

(Beifall bei Abgeordneten der CSU)

auch aus Ihrem Verständnis als sozialdemokratische Partei heraus niemals etwas vorgelegen, das diese Dinge infrage stellt.

(Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Da können Sie versichert sein!)

Ich bin der Meinung, wir brauchen jetzt keine Resolutionen irgendwelcher Art mehr; die haben wir zuhauf.

(Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Macht der Bayerische Ministerpräsident das auch im Bundesrat?)

– Davon bin ich persönlich überzeugt. Daran habe ich überhaupt keinen Zweifel. Das war bisher auch immer die Position der CSU-Fraktion.

(Beifall bei der CSU)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Jetzt bitte ich den Kollegen Harald Güller zum Rednerpult.

Harald Güller (SPD): Frau Präsidentin, Frau Staatsministerin, Kolleginnen und Kollegen! Am Dienstag durfte die stellvertretende Ministerpräsidentin die Regierungserklärung des Ministerpräsidenten verlesen und hat gesagt oder vorgelesen: Haushalt ist unser Kursbuch für die Zukunft.

Wenn der Haushalt Ihr Kursbuch für die Zukunft ist und wir uns dieses Kursbuch im Bereich Gesundheit und Pflege anschauen, um zu sehen, welche Richtungen und Geschwindigkeiten es vorgibt, dann ist leider festzustellen, dass es viele falsche Weichenstellungen gibt und dass Verspätungen schon im Plan vorgesehen sind. So man-

ches Thema ist inhaltlich gleich ganz am Bahnhof stehen geblieben. Das darf ich an einigen Beispielen festmachen.

Thema Familienpflege: Verspätung schon eingeplant. Wir sind uns, glaube ich, einig, dass die Haushaltshilfen bzw. die Familienpflege ein ganz wichtiger und unverzichtbarer Bestandteil der Familienförderung in Bayern sein muss. Sie stellen dafür auch Gelder zur Verfügung – allerdings nur halbherzig – und erhöhen um 100.000 Euro.

Wir als SPD-Fraktion schlagen eine zusätzliche Erhöhung um 90.000 Euro vor, damit man die Lücke zwischen den von den Primär- und Ersatzkassen gezahlten Stundenätzen von 21 oder 22 Euro und den tatsächlichen Kosten in Höhe von 35 Euro eher schließen kann.

(Beifall bei der SPD)

Sie, Kolleginnen und Kollegen der CSU, lehnen diesen Antrag im Ausschuss ab.

Thema ambulante Wohnprojekte – auch hier: Verspätung bereits im Kursbuch eingeplant. Ambulante Wohnprojekte und Betreuungsformen werden in Sonntagsreden immer hochgehalten. Wir brauchen andere Formen der Betreuung. Wir müssen es den Menschen ermöglichen, in ihrem Wohnviertel zu bleiben. Wir müssen dafür sorgen, dass Pflege auch dort möglich ist.

Im Haushalt findet man einen mickrigen Ansatz. Sobald wir diesen Ansatz erhöhen wollen, erhalten wir mitfühlende Worte im Ausschuss, dass das leider nicht in die Gesamtkonzeption des Haushalts hineinpasst. Es passt schon in diese Gesamtkonzeption hinein, fast 100 Millionen Euro für einen G7-Gipfel auszugeben. Es passt schon hinein, dass allein in der Staatskanzlei drei Millionen Euro für die Öffentlichkeitsarbeit und die Empfänge am Rande des G7-Gipfels verbraten werden. Aber wenn es darum geht, 2,5 Millionen Euro für ganz Bayern, für die Pflegebedürftigen und unsere älteren Mitbürgerinnen und Mitbürger einzuplanen, fällt Ihnen nur die Ablehnung unseres Antrags ein.

(Beifall bei der SPD – Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Sehr gut!)

Zur Modernisierung der Altenpflegeeinrichtungen: Zuletzt gab es hierfür im Doppelhaushalt 2003/04 Investitionszuschüsse. Es gab dann verschiedene Gründe zu sagen, nein, diese sind ab dem Jahr 2005 nicht mehr notwendig. Nur müssen Sie zur Kenntnis nehmen: Die Situation in diesem Bereich hat sich grundlegend geändert. Bei bestehenden Pflegeeinrichtungen ist ein riesiger Investitionsstau entstanden. Wir müssen insbesondere zum Beispiel beim Thema energetische Sanierung eine Menge tun. Wenn der Freistaat hier den Trägern nicht helfend zur Seite steht, werden die zu Pflegenden als Bewohner der Einrichtungen durch erhöhte Pflegesätze die Zeche zahlen müssen.

(Beifall bei der SPD)

An dieser Stelle muss der Freistaat massiv eingreifen. Sie lehnen dagegen unseren Antrag ab und bringen den Zug erst gar nicht auf den Weg. Das ist für die Zukunft fahrlässig, Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der SPD)

Dann gibt es in Ihrem Haushalt Verbindungen, deren Wiederaufnahme Sie völlig übersehen haben. Sie haben sie gestrichen. Ich erinnere an das Thema Crystal Meth und Suchtbekämpfung. Wie groß waren im April dieses Jahres die Pressemitteilungen der CSU und auch des Ministeriums: Wir stellen 500.000 Euro zusätzlich zur Verfügung, um Projekte anzuschieben! Wenn man in den Haushalt hineinschaut, sieht man: Diese Verbindung wurde schlicht und einfach vergessen. Sie haben das Geld, das Sie dieses Jahr erst im Nachtragshaushalt bewilligt haben,

(Zuruf von den FREIEN WÄHLERN)

für den Doppelhaushalt 2015/2016 überhaupt nicht mehr eingestellt. Sie haben diese Verbindung komplett verpennt, Kolleginnen und Kollegen!

(Beifall bei der SPD)

Und wenn die SPD mit ihrem Antrag darauf aufmerksam macht, lehnen Sie diesen Antrag auch noch ab.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Hauptsache, es ist in der Zeitung gestanden. Passt doch!)

Danach sorgen Sie für eine abenteuerliche Begründung: Im Jahr 2015 brauchen wir gar nicht mehr Geld, wir können die angestoßenen Projekte aus anderen Mitteln finanzieren. Das heißt, Sie haben keine Projekte angestoßen, Kolleginnen und Kollegen. Es ist in diesem Bereich ein schweres Versäumnis vonseiten der CSU, nur Presseerklärungen zu machen und nicht zu handeln.

(Beifall bei der SPD)

Weil es ja gar nicht geht, einen Oppositionsantrag anzunehmen, schreibt man lieber ab, greift das Thema Crystal Meth in einem Nachtragshaushaltsantrag der CSU auf und wählt eine abenteuerliche Finanzierung, indem man Personalstellen aus dem Landgerichtsärztlichen Dienst in das Gesundheitsministerium umsetzt. Dort spart man dafür die Stellen für Infektiologie, also das, was wir für die Seuchenbekämpfung brauchen, ein und sagt, dafür stellen wir 406.000 Euro für Crystal-Meth-Suchtbekämpfung ein, allerdings erst im Jahr 2016. Das ist unseriös, Kolleginnen und Kollegen. Das lassen wir Ihnen nicht durchgehen.

(Beifall bei der SPD)

Darum werden Sie heute noch einmal über diesen Antrag betreffend Crystal Meth abstimmen. Klaus Adelt kümmert sich um das Thema für unsere Fraktion genauso intensiv wie Kathrin Sonnenholzner.

Ich darf noch einen anderen Antrag ansprechen: Das Thema Schuleingangsuntersuchung. Herr Kühn, danke, dass Sie es angesprochen haben. Die SPD hat letztes Jahr

hierzu einen Antrag eingebracht. Wie sagte die Kollegin im Ausschuss so schön zur Ablehnung unseres Antrags: Ihr sei nicht bekannt, dass es im Bereich der Schuleingangsuntersuchungen Probleme gebe. Ja, Frau Kollegin Dettenhöfer, so kann man sich irren. Ein Jahr später kommt selbstverständlich ein Antrag der CSU, wir müssen dringend etwas bei den Schuleingangsuntersuchungen ändern. Danke für dieses Plagiat, liebe CSU. Aber das nächste Mal stimmt doch unserem Antrag ein Jahr vorher zu! Das wäre für die Verbindung besser und schneller.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der GRÜNEN)

Kolleginnen und Kollegen, auch ich danke natürlich allen Kollegen. Und wie gut wir zusammengearbeitet haben! Kollege Kühn, Sie haben viele unserer Anträge positiv begleitet, um dann immer am Schluss in den Tisch zu schauen und zu sagen, ja, aber zustimmen werden wir an dieser Stelle nicht.

(Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): So ist es immer!)

Noch besser wäre die Zusammenarbeit, wenn Sie die Größe hätten anzuerkennen, dass andere Fraktionen in diesem Haus gute Ideen haben, die es lohnt weiterzuverfolgen, und wenn Sie nicht immer erst ein Jahr später einen Antrag nachschieben würden.

(Beifall bei der SPD und den FREIEN WÄHLERN)

Insgesamt betonen Sie immer, wie toll es uns in Bayern geht, wie schön wir es haben und wie viel Geld da ist. Sie bleiben mit diesem Haushalt, mit diesem Kursbuch in Pflege und Gesundheit weit, sehr sehr weit hinter den Möglichkeiten dieses Freistaats zurück. Dieser Freistaat und seine Bürgerinnen und Bürger, aber ich sage ausdrücklich auch die Mitarbeiter des Ministeriums, die Mitarbeiter in den Gesundheitsämtern und, ich würde sogar sagen, auch die Ministerin haben den hier vorgelegten Murks nicht verdient. Zurück zur Planungsphase! Wir werden diesen Haushalt ablehnen.

(Beifall bei der SPD)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Danke schön. – Ich bitte nun Herrn Dr. Vetter zum Rednerpult.

Dr. Karl Vetter (FREIE WÄHLER): (Vom Redner nicht autorisiert) Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Wir FREIE WÄHLER stehen für gleichwertige Lebensverhältnisse in ganz Bayern, für leistungsfähige und finanzstarke Kommunen und für mehr Bürgerbeteiligung.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

An diesen politischen Zielen haben wir auch die Änderungsanträge zum Entwurf des Doppelhaushalts 2015/16 ausgerichtet. Unserer Meinung nach hat der Entwurf der Staatsregierung nämlich einiges an Verbesserungspotenzial.

Kolleginnen und Kollegen, die flächendeckende und bedarfsgerechte Versorgung mit Haus- und Fachärzten ist unabdingbar für gleichwertige Lebensverhältnisse in ganz Bayern. Ohne einen Hausarzt und Facharzt vor Ort ist das Ausbluten des ländlichen Raumes irgendwann nicht mehr zu vermeiden. Kolleginnen und Kollegen, inzwischen sind 33 % der Hausärzte älter als 60 Jahre. Es ist also absehbar, dass in den kommenden Jahren eine erhebliche Anzahl an Hausärzten ihre Praxis aus Altersgründen aufgeben werden. Die Nachbesetzung ist in vielen Regionen Bayerns unsicher.

Schon heute beginnt in unseren Kommunen in den Landkreisen ein Wettbewerb um Ärzte; denn nach dem Motto "Ärzte weg, Menschen weg" fürchten die Kommunen berechtigterweise um ihre weitere Entwicklung, Kolleginnen und Kollegen.

Was aber tat und tut die Staatsregierung? - Ich blicke kurz zurück. Der damalige Gesundheitsminister Söder hat bei einem Hearing hier im Bayerischen Landtag den Hausärzten lautstark versprochen, dass Hausarztverträge nach altem Recht kommen würden, die eine finanzielle Entlastung bringen sollten. Das war im Januar 2011, Kolleginnen und Kollegen! Das ist also vier Jahre her. Ich kürze jetzt ab. Daraufhin ist nichts passiert. Gott sei Dank hat mittlerweile der Bund die strittige Refinanzierungs-

klausel gestrichen. Kolleginnen und Kollegen, worauf ich hinaus möchte: Was vonseiten der FREIEN WÄHLER bei diesem ständigen Hin und Her damals vermisst wurde, war ein klares Signal der Bayerischen Staatsregierung, war ein Gesundheitsminister, Kolleginnen und Kollegen, der sich wirklich für die Belange der bayerischen Bevölkerung einsetzt.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Frau Staatsministerin, auch beim Thema Pflegekammer erwarte ich möglichst bald ein klares Signal der Bayerischen Staatsregierung.

(Kathrin Sonnenholzner (SPD): Kein Signal, sondern eine Entscheidung!)

- Eine Entscheidung wäre mir natürlich auch lieber.

Kolleginnen und Kollegen, das Ganze ist jetzt vier Jahre her. Was ist seitdem passiert? Hat sich die Lage bei der hausärztlichen Versorgung verbessert? Damals war knapp ein Viertel der Hausärzte älter als 60 Jahre; jetzt ist es schon ein Drittel. Es müssen noch mehr Praxisnachfolger gefunden werden. Leider hat der medizinische Nachwuchs zahlenmäßig nicht im gleichen Maße zugenommen. Die Situation hat sich in diesen vier Jahren deutlich zugespitzt.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Schon damals haben die FREIEN WÄHLER die Hausarztverträge nach altem Recht, eine finanzielle Förderung der Hausärzte auf dem Land, Lehrstühle für Allgemeinmedizin an allen bayerischen Universitäten und mehr Weiterbildungsverbände gefordert. Auch letzte Woche haben wir erneut einen Gesetzentwurf eingebracht, mit dem wir die Lockerung des Numerus Clausus für das Medizinstudium fordern, damit tatsächlich der junge Mensch Medizin studieren kann, der anschließend auf dem Land am Patienten arbeitet, der wirklich Arzt werden möchte und der nicht in die Forschung oder Industrie abwandert.

Ich bin auf die weiteren Beratungen im Ausschuss gespannt. Das alles dauert den FREIEN WÄHLER zu lange. Wo bleibt die vorausschauende Planung in der Gesundheitspolitik? - Die Politik kann nicht von heute auf morgen agieren. Die Altersverteilung bei den Hausärzten – bei den Fachärzten sieht es inzwischen nicht viel besser aus – ist seit Jahrzehnten bekannt, aber noch immer fehlt es an einer effektiven Strategie. Die Aktionen erschöpfen sich in befristeten Förderprogrammen. So sehr wir diese letztendlich auch begrüßen, ist das alles keine zukunftsweisende Gesundheitspolitik im Sinne der FREIEN WÄHLER.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Kolleginnen und Kollegen, wir werden den Einzelplan aus zwei Gründen ablehnen. Erstens weist der Einzelplan keine Visionen auf und blickt nicht in die Zukunft. Zweitens wurden alle Anträge der FREIEN WÄHLER abgelehnt.

Wir haben Anträge gestellt zur Umstrukturierung der Krankenhäuser im ländlichen Raum – abgelehnt. Unseren Antrag zur Förderung der Heilbäder haben wir mit konkreten Zahlen untermauert. Wir sagten nicht, die Bundesregierung möge irgendwann einmal darauf hinarbeiten. Auch dieser Antrag wurde abgelehnt. - Die Anträge auf Förderung der freiberuflichen Hebammen wurden ebenfalls abgelehnt, ebenso wie die Anträge zur palliativen Hospizversorgung oder zur Förderung der psychiatrischen Pflegedienste. Auch die Anträge zur Förderung der Suchtprävention – Herr Güller hat dies schon angesprochen – sowie zur Drogentherapie – Stichwort Crystal Meth – wurden abgelehnt, obwohl wir auch sie mit konkreten Zahlen unterlegt haben. Aus all diesen Gründen lehnen wir den Einzelplan ab.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Und nun noch eine Bemerkung zum gestrigen Abend. Ich hätte mich fast gegen den Willen meiner Fraktion für den Antrag der CSU auf Verlängerung der Redezeit für die CSU ausgesprochen; denn wer wirklich etwas zu sagen hat, kann auch kurz sprechen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN – Zuruf von der CSU: Der kann auch gleich aufhören!)

Und noch eine Bemerkung. Kollege Piazzolo hat gestern von der Zipfelmützigkeit der CSU gesprochen. Wenn man mit deutsch-nationalen Parolen fordert, Flüchtlinge mögen zu Hause deutsch sprechen, die Maut für Ausländer fordert oder Parolen bringt wie "Wer betrügt, der fliegt", schürt Ressentiments und schädigt damit den Spitzenstandort Bayern. Davon betroffen wäre auch die Spitzenmedizin, für die es gilt, Leute aus Australien oder aus den USA nach Bayern zu bekommen. Glauben Sie mir, solche deutsch-nationalen Töne der CSU in Bayern werden im Ausland sehr wohl gehört.

(Florian Streibl (FREIE WÄHLER): Bravo! – Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Ich fasse zusammen: Die FREIEN WÄHLER setzen sich ein für gleichwertige Lebensbedingungen in ganz Bayern, für leistungsstarke Kommunen und für mehr Bürgerbeteiligung. Dazu gehört eine Bedarfsplanung, die eine flächendeckende Versorgung mit Hausärzten und Fachärzten sowie eine zukunftsfähige Strategie für die bayerischen Krankenhäuser garantiert, um eine bedarfsgerechte, wohnortnahe Versorgung der Menschen in Stadt und Land sicherzustellen.

(Florian Streibl (FREIE WÄHLER): Bravo! – Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Danke schön. Nächster Redner: Kollege Leiner.

Ulrich Leiner (GRÜNE): Sehr geehrtes Präsidium, meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Lieber Kollege Kühn, ich bin von Ihren Ausführungen zu TTIP zutiefst begeistert. Ich hoffe, dass vor allem die Wirtschaftspolitiker in Ihrer Fraktion genau zugehört haben, was Sie uns da gesagt haben.

(Zuruf des Abgeordneten Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER))

Wir stehen zur Fürsorgepflicht unseres Landes Bayern, und da können Sie ganz sicher sein, dass wir GRÜNE an ihrer Seite sind. Wir sind aber gespannt – das haben wir bei der Gentechnik gesehen –, wie sich die CSU in Berlin entscheiden wird.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Das wissen wir heute schon!)

Sie dürfen hier nicht so reden und in Berlin anders. Auch Herrn Pfaffmann werde ich ausdrücklich unterstützen, in diese Richtung eine gemeinsame Initiative zu starten.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich komme nun zum Einzelplan 14 für den Geschäftsbereich des Bayerischen Staatsministeriums für Gesundheit und Pflege. Um es gleich vorwegzunehmen: Viele der dazugehörigen Anträge, die im Fachausschuss gestellt wurden, waren richtig und wichtig. Deswegen haben die GRÜNEN auch vielen Anträgen zugestimmt. Mich wundert allerdings– Herr Güller hat dies schon angesprochen –, dass unsere Anträge häufig abgelehnt wurden. Ich sage das jetzt pauschal; denn ich will die Anträge nicht im Einzelnen aufzählen. Abgelehnt wurden sie häufig mit dem Beiwort "eigentlich". Herr Imhof, ich kann mich sehr gut erinnern, dass Sie sagten, eigentlich haben Sie recht, Herr Leiner, eigentlich stimmen wir Ihnen zu. Warum haben Sie dann bei der Abstimmung im Ausschuss unseren Anträgen doch nicht zugestimmt?

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ein Jahr haben wir jetzt das Staatsministerium für Gesundheit und Pflege. Da können wir schon einmal fragen, was es uns gebracht hat. Richtig ist, dass sich viele Dinge in Berlin abspielen, die wir deshalb nur über unsere Ministerin Frau Huml beeinflussen können. Wir müssen mit diesen Entscheidungen leben. Aber wir halten diese Entscheidungen oft, zum Beispiel in Bezug auf das Pflegestärkungsgesetz, für nicht ausreichend. Wir hoffen, dass da nachgebessert wird. Auch bei der Krankenhausfinanzierung hoffen wir auf eine Nachbesserung. Wir sind auch mit vielen anderen Dingen

nicht einverstanden. Frau Ministerin, Sie müssen ihre Hausaufgaben vor Ort erledigen. Und da fehlt es weit.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Seit dem Jahre 2008 warten wir auf die beschlossenen Pflegestützpunkte. 8 sind es heute; 60 sollten es sein. Wenn Sie die Mittel in Höhe von 2,4 Millionen dafür nicht im Haushalt bereitstellen – dies fordern wir –, werden diese Stützpunkte auch nicht kommen.

Auch die Einrichtung einer Pflegekammer wurde bereits angesprochen. Herr Söder ist leider nicht da; im Jahr 2011 war die Gesundheit in seinem Ressort angesiedelt. Er hat damals gesagt, die Pflegekammer werde eingeführt. Seitdem warten wir auf die Pflegekammer. Es gab für deren Einrichtung eine Umfrage, die uns heuer zugänglich gemacht wurde. Danach hat sich die Mehrheit der Pflegenden eindeutig für eine solche Pflegekammer ausgesprochen. Auch wenn es nur eine kleine Mehrheit ist, waren doch über 50 % dafür. Die CSU wäre doch froh, wenn sie einmal 50 % hätte. Die Pflegekammer muss also dringend kommen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Auch gibt es noch immer keine Ausbildungsumlage. Das war ein besonderes Stück im Ausschuss. Wir haben im Februar diese Ausbildungsumlage verlangt, haben dann aber unseren Antrag zurückgestellt, weil für Mai ein Gutachten zugesagt worden war, in dem evaluiert werden sollte, ob wir Pflegekräfte brauchen. Das war nahezu lächerlich; denn jeder, der sich in der Pflege auskennt, weiß, dass wir Pflegekräfte brauchen. Jeder weiß, dass in unseren Pflegeeinrichtungen "auf Kante" gepflegt wird. Der Notstand dort ist sehr groß. Dafür brauchten wir keine Umfrage.

Das Schlimme war dann, dass uns das Ergebnis der Umfrage erst im Oktober zugeleitet wurde. Das Verfahren war mehr als schändlich. Unser Antrag wurde ebenso wie der gleichlautende Antrag der SPD im Ausschuss abgelehnt mit der Begründung, dass

wir keine Ausbildungsumlage fordern dürften, sondern darum bitten sollten. So etwas macht die Opposition nun wirklich nicht mit.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Gott sei Dank haben Sie immerhin das Schulgeld für die Altenpflegeschulen abgeschafft. Das war eine unselige Geschichte. Wenn sich die Opposition damals nicht so für die Abschaffung eingesetzt hätte, hätten wir dieses Schulgeld heute noch.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ein Problem, das Kollege Güller auch schon angesprochen hat, ist die Erhöhung der Vorgaben des Pflege- und Wohnqualitätsgesetzes. Diese Vorgaben erschweren eine weitere Ertüchtigung unserer gesamten Einrichtungen. – Ich sage jetzt mit Fleiß nicht "stationäre Einrichtungen"; denn viele Pflegeeinrichtungen sind inzwischen umfassender. Um die neuen Anforderungen erfüllen zu können, brauchen wir dringend Investitionskostenzuschüsse für die Refinanzierung des zusätzlichen Sanierungsbedarfes in unseren Einrichtungen.

Im Jahr 2005 wurden diese mit der Begründung abgeschafft, dass wir über zu viele Pflegeplätze verfügen. Das war damals richtig. Aber was damals richtig war, ist heute falsch. Wir fordern, dass sich der Freistaat wieder an der Finanzierung der baulichen Investitionen beteiligt. Das ist dringend notwendig, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir alle müssen viel zur Stärkung der Pflege tun. An dieser Stelle haben wir kein Erkenntnisproblem. Meine Damen und Herren, wir haben ein Umsetzungsproblem. Das Umsetzungsproblem ist das zentrale Problem dieser Ihrer Regierung, Frau Huml,

(Beifall bei den GRÜNEN)

und zwar auch deshalb, weil die Krankenhäuser den größten Teil ihrer Investitionen aus Eigenmitteln finanzieren müssen.

Wahr ist auch, Sie haben die Unterstützung bei der Finanzierung der Häuser auf 500 Millionen Euro erhöht. Das ist richtig. Aber wir waren auf einem Stand von 430 Millionen Euro, und das war der niedrigste Stand; im Jahr 2002 waren es noch 613 Millionen Euro. Die Krankenhausumlage muss dringend erhöht werden. Der Zuschuss für die Investitionen der Krankenhäuser muss dringend erhöht werden. Wir haben das in einer maßvollen Größenordnung von 8 Millionen Euro mehr verlangt. Darüber hinaus werden wesentliche Dinge nicht mehr in den Investitionskostenzuschuss mit einbezogen: Die Apotheken, die Küchen, die Außenanlagen der Kliniken werden nur noch begrenzt vom Freistaat gefördert. Genau auf diesem Betrag bleiben die Kommunen sitzen. Wenn sie das aus dem laufenden Betrieb zu refinanzieren haben, dann haben diese Häuser die Not in der Pflege. Man spart an Personal, man sieht keine andere Lösung. So haben die Krankenhäuser ihre Not, und die ist mit verursacht durch die Kürzung der Mittel beziehungsweise durch die Nichtausstattung mit Mitteln.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir GRÜNEN wollen nicht warten, bis eine Reform des Vergütungssystems auf Bundesebene durchgesetzt wird. Wir wollen, meine sehr geehrten Damen und Herren, dass die Probleme, die wir auf Landesebene beeinflussen können, angegangen und gelöst werden. Das ist unsere Pflicht.

Es gibt kaum einen Wirtschaftszweig wie den Gesundheitsmarkt, in dem derart viele Interessengruppen um vergleichbar viele Milliarden Euro kämpfen. Daher sind wir dagegen – das möchte ich betonen –, die Gelder nach dem Gießkannenprinzip zu verteilen. Deswegen fordern wir eine vernünftige Krankenhausbedarfsplanung in Bayern, die festlegt, wo welche Klinik notwendig ist und welche Art von Klinik notwendig ist. Dabei müssen versorgungswichtige Kliniken erhalten bleiben, auch wenn sie nicht die berühmte schwarze Null schreiben. Die Kliniken, die notwendig sind, die systemrelevant sind, wie man das nennt, müssen erhalten bleiben, auch wenn sie defizitär sind, also auch wenn sie negative Folgen haben. Diese Folgen müssen wir tragen. Die

bayerische Bevölkerung hat ein Recht darauf, wohnortnah und gut versorgt zu werden.

Ich nenne noch zwei Bereiche, die sehr wichtig sind: die Notfallversorgung und die Geburtshilfe. Es ist nicht zumutbar, dass die ländliche Bevölkerung 50 bis 80 Kilometer bis zur nächsten Geburtshilfe zu fahren hat.

(Beifall bei den GRÜNEN)

In diesem Zusammenhang darf es nicht allein den Oberbürgermeistern und Landräten zugemutet werden, ihre Häuser zu schließen oder jahrzehntelang Defizite ausgleichen zu müssen. Die Bayerische Staatsregierung hält sich elegant zurück und sagt: Wir waren es nicht. Es waren die Bürgermeister, es waren die Landräte, die sind schuld an der Schließung unserer Kliniken, wir haben damit nichts zu tun. – Dem ist nicht so. Sie müssen Verantwortung übernehmen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, ich wage vorauszusagen, dass schon im Haushalt 2017/2018 deutlich mehr Mittel zur Verfügung gestellt werden müssen.

Wir GRÜNEN in Bayern schauen in die Zukunft. Für die enormen Herausforderungen, vor allem in der Betreuung unserer älteren Mitbürgerinnen und Mitbürger, setzen wir auf innovative neue Wege in der Betreuung. Wir alle wissen, es kann jeden Einzelnen von uns betreffen. Ich sage Ihnen auch in diesem Hause, es wird ein wichtiges Thema werden. Deshalb müssen wir uns weit mehr als bisher mit dem Thema Gesundheit und Pflege beschäftigen. Das sind wir unseren Bürgerinnen und Bürgern in Bayern schuldig.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Vielen Dank. – Das Wort hat Kollege Seidenath. Bitte schön.

Bernhard Seidenath (CSU): Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir beraten heute mit dem Einzelplan 14 einen der kleinsten, aber sicher einen der wichtigsten Einzelpläne innerhalb des Staatshaushalts, den Haushalt eines Ministeriums, das bei den elementaren Lebensbereichen ansetzt, eines Ministeriums, das durch den demografischen Wandel immer wichtiger wird und dessen Themen die Menschen bewegen: Wie bleibe ich möglichst lange gesund? Wo bekomme ich im Krankheitsfall die optimale Versorgung? Wie kann ich würdevoll bis ans Lebensende mit viel Lebensqualität leben?

Aus diesem Grund und in diesem Geist ist das neue Haus am Haidenauplatz aufgebaut worden. Inzwischen ist es voll arbeitsfähig. Gründungsministerin Melanie Huml hat in den letzten Monaten ganze Arbeit geleistet. Dafür sagen wir ein herzliches Dankeschön.

(Beifall bei der CSU)

In diesen Dank beziehe ich natürlich alle Beschäftigten des Hauses mit ein, die ebenfalls einen großen Anteil daran haben.

(Beifall bei der CSU)

Wie wichtig der Einzelplan des Gesundheitsministeriums ist, mögen Sie daraus ersehen, dass der 3-%-Deckel für diesen Einzelplan nicht gilt. Die Steigerungen liegen deutlich darüber. Jeder Cent in diesem Haushalt ist gerechtfertigt. Ich danke deswegen auch dem Berichterstatter im Haushaltsausschuss, Harald Kühn, und auch dem Ausschussvorsitzenden Peter Winter für ihre Unterstützung.

Die Schwerpunkte des Haushalts liegen auf der Prävention und damit auf der Vermeidung von Krankheiten. Ein weiterer Schwerpunkt liegt auf der Sicherstellung der medizinischen, pflegerischen und therapeutischen Versorgung in ganz Bayern sowohl im ambulanten als auch im stationären Bereich. Die Pflege und eine menschenwürdige

Begleitung von Schwerstkranken und Sterbenden sind weitere wichtige Punkte dieses Haushalts.

Im Hinblick auf diese Schwerpunkte will das Gesundheits- und Pflegeministerium einen Präventionsplan auflegen, 2015 mit dem Schwerpunkt Kindergesundheit inklusive Neukonzeption der Schuleingangsuntersuchungen. Es will die Niederlassungsförderung weiter voranbringen und die Telemedizin fördern. Es will einen Fünf-Punkte-Plan für die Pflegeausbildung umsetzen sowie die Palliativ- und Hospizversorgung weiter ausbauen. Alle diese Zielsetzungen werden durch den vorliegenden Einzelplan 14 abgebildet.

Rund 2 % des Haushaltsvolumens des Einzelplans 14 für das kommende Jahr werden auf Änderungsanträge der CSU-Fraktion zurückgehen, auf die zehn Abgeordneten des Arbeitskreises Gesundheit und Pflege, unter ihnen der Patienten- und Pflegebeauftragte der Staatsregierung Hermann Imhof, Dr. Thomas Goppel oder mein Vertreter im Vorsitz des Arbeitskreises Klaus Holetschek. Es gibt eine hervorragende Zusammenarbeit im Arbeitskreis, die Spaß macht. Wir können und wollen etwas bewegen. Mit unseren Änderungsanträgen setzen wir bewusst Schwerpunkte im Bereich der Gesundheits- und Pflegepolitik des Freistaats, etwa beim Kampf gegen Demenz; denn Demenzerkrankungen entwickeln sich mehr und mehr zur modernen Geißel der Menschheit. Weltweit erkranken täglich rund 20.000 Menschen neu an einer Demenz. In diesem Licht wollen wir die Versorgungsforschung verstärken und ermöglichen, dass das im Raum Erlangen bestehende Demenz-Register über das Jahr 2014 hinaus mit einem bayerischen Demenz-Survey mit zwei weiteren Vergleichsregionen, einer demografisch begünstigten und einer demografisch benachteiligten Region, fortgeführt wird.

Sie sehen, es geht uns dabei auch und gerade um gleichwertige Lebensverhältnisse in ganz Bayern. Darauf hat nicht irgendeine Partei in diesem Hohen Hause ein Monopol.

(Beifall bei der CSU)

Mit dem Demenz-Survey wollen wir den Blick darauf richten, wie die neuen Wohnformen, die der Freistaat fördert, angenommen werden und wie sie sich in der Praxis bewähren. Dasselbe gilt für internetbasierte Lösungen zur Unterstützung von Angehörigen. 70 % der Demenzkranken leben noch zu Hause. Wir können versuchen, herauszufinden, wie den pflegenden Angehörigen geholfen werden kann, damit sie nicht selbst zu sehr belastet werden oder gar selbst krank werden. Das ist Versorgungsforschung im besten Sinne. Genau das wollen wir mit dem Bayerischen Demenz-Survey tun.

Ein Ergebnis des Erlanger Demenz-Registers liegt schon jetzt vor: Wir brauchen mehr teilstationäre Pflegeplätze und mehr Kurzzeitpflegeplätze, um die Familien zu entlasten. Entsprechend sind für 2016 zusätzliche 1,5 Millionen Euro für die Förderung der Tages-, Nacht- und Kurzzeitpflege vorgesehen, insbesondere für die Anforderungen Demenzkranker.

Zur Versorgungsforschung passt auch die Überlegung, ein bayerisches Gesundheitsdatenzentrum einzurichten. Anhand von anonymisierten Daten könnte genau gesehen werden, in welcher Region Bayerns gehäuft welche Krankheiten auftreten. Das wäre ein Meilenstein für die Prävention. Wir könnten dann entsprechend gegensteuern. Für eine Machbarkeitsstudie, die vor allem Datenschutzaspekte beleuchten muss, stehen 100.000 Euro zur Verfügung. Dieses Feld dürfen wir nicht alleine den Googles, Amazons oder Apples überlassen, die sowieso nur Geschäftsmodelle generieren wollen. Wir brauchen meiner Meinung nach ein Korrektiv, das nicht von privaten Geschäftsinteressen getrieben wird.

(Beifall bei der CSU)

Ich komme vom Gesundheitsdatenzentrum zum Stichwort Digitalisierung. Wie auf vielen Gebieten liegt auch im Gesundheitswesen das größte Innovationspotenzial in der Digitalisierung. Ich bin deshalb froh, dass wir es geschafft haben, explizit Gesund-

heitsthemen in das Konzept "Bayern 3.0 – Digital in die Zukunft!" aufzunehmen. Bisher gibt es sehr gute Ansätze in der Telemedizin, so etwa in der Schlaganfallversorgung mit den Stroke Units. Wir werden in den nächsten Jahren Telematikanwendungen mit 1,5 Millionen Euro pro Jahr fördern. Eine weitere halbe Million Euro steuert die CSU-Fraktion durch ihre Änderungsanträge bei, um ein Netzwerk zur Epilepsiebehandlung an der Universität Erlangen zu fördern. Ebenso soll ein präventives Telemonitoring von Pflegebedürftigen gefördert werden.

Eines der wichtigsten gesundheitspolitischen Themen ist aktuell die ärztliche Versorgung auf dem Land und deren Sicherstellung. Harald Kühn hat darauf hingewiesen. Wir wollen das Programm, das für Hausärzte besteht, auch auf die Fachärzte ausweiten, und zwar auf alle Fachärzte, die in Mittelbereichen beplant werden. Das ist die Vorstellung unseres Arbeitskreises. Hintergrund und Motivation sind auch hier die Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse in Stadt und Land und die Stärkung des ländlichen Raums.

In die gleiche Kerbe schlägt das Projekt "Gesundheitsregionen plus", das einen erheblichen Beitrag für das Gesundheitswesen in der jeweiligen Region leisten kann. Ziel ist dabei eine weitere Vernetzung vor Ort und eine struktur- und sektorenübergreifende Entwicklung. Hierfür werden wir eine Million Euro ausgeben, um 24 Landkreise und kreisfreie Städte in den nächsten Jahren zu fördern.

Herr Güller, zu Crystal Meth passiert in Bayern so viel wie in keinem anderen Bundesland. Sie haben vergessen, dass wir 402.000 Euro zusätzlich aufgenommen haben. Im Übrigen hat Ihre Rede nicht zu dem Geist gepasst, der in unserem Ausschuss für Gesundheit und Pflege herrscht. Der Geist ist nämlich konstruktiv. Und von "Murks", wie Sie es gesagt haben, kann keine Rede sein. Ich meine, da haben Sie sich im Ton vergriffen.

(Beifall bei der CSU)

Kommen wir zur Pflege. Staatsministerin Melanie Huml hat einen Fünf-Punkte-Plan für eine bessere Ausbildung in der Altenpflege vorgelegt. Damit soll der Pflegeberuf für junge Leute attraktiver werden; denn gute Pflege braucht motiviertes und qualifiziertes Personal. Ziel des Fünf-Punkte-Plans ist einmal der Ausbau der bayerischen "Herzwerker"-Kampagne, mit der bei Jugendlichen für den Pflegeberuf geworben wird. Hierfür sind in den nächsten beiden Jahren jeweils 241.500 Euro mehr für Personalgewinnung und Nachwuchskräfteförderung eingestellt. Es geht um eine bessere Anleitung in der praktischen Ausbildung, um eine deutliche Entbürokratisierung in der Pflegearbeit durch weniger Dokumentation, um eine Ausbildungsumlage, die wir mit 400.000 Euro für die nächsten zwei Jahre im Haushalt abgesichert haben. Und es geht um ein Projekt zum Stopp von Ausbildungsabbrüchen.

Hervorheben möchte ich am Ende meiner Ausführungen das neu einzurichtende Bündnis für Organspende, das für Organspende und Transplantation einen Schub in einer überaus schwierigen Phase bringen soll und hoffentlich auch bringen wird. In Bayern warten aktuell mehr als 2.000 Familien händeringend auf ein geeignetes Spenderorgan. 100.000 Euro haben wir im Haushalt für die Geschäftsstelle eines Bündnisses für Organspende eingestellt. Weitere 50.000 Euro werden auf Antrag der CSU bewusst für Aktionen dieses Bündnisses hinzugefügt.

Lassen Sie mich deshalb zusammenfassend feststellen: Der vorliegende Einzelplan 14 ist ein solider Haushalt. Er setzt gute Schwerpunkte. Er entwickelt Gesundheit und Pflege in unserem Land weiter. Er macht unseren Freistaat Bayern für die Bürgerinnen und Bürger so noch ein Stückchen menschlicher und zukunftsfähiger. Ich bitte Sie deshalb, dem Einzelplan 14 zusammen mit unseren Änderungsanträgen zuzustimmen.

(Beifall bei der CSU)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Danke schön. Bitte verbleiben Sie am Rednerpult. Wir haben eine Zwischenbemerkung vom Kollegen Güller.

Harald Güller (SPD): Ich habe eine kurze Frage an Sie, Herr Seidenath, weil Sie gesagt haben, ich hätte von "Murks" gesprochen. Wenn Sie im April zum Beispiel zur Bekämpfung von Crystal Meth und für die Suchtprävention 500.000 Euro in den Haushalt einstellen, dazu Presseerklärungen machen, dann aber am Ende des Jahres vergessen, das Geld in den Doppelhaushalt 2015/2016 einzustellen, wenn es dann eines Antrags der SPD bedarf, um an dieses Thema erinnert zu werden, und dann Stellen aus dem landgerichtsärztlichen Dienst für 2016 umwidmen und Stellen in der Infektiologie streichen, damit dieses Thema doch noch aufgegriffen werden kann, dann lautet meine Frage ganz einfach: Wie bezeichnen Sie diesen Vorgang anders als "Murks"?

(Beifall bei der SPD – Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Absichtliche Täuschung der Öffentlichkeit!)

Bernhard Seidenath (CSU): Sehr geehrter Herr Güller, Sie können sicher sein, dass wir die gesundheitspolitischen Themen selbst sehr genau auf dem Schirm haben. Wenn Sie uns daran erinnern wollen, ist das sehr schön. Das hätte es aber nicht gebraucht.

In der Tat sind die Mittel im Haushalt eingestellt worden. Ich habe es erwähnt. Sie müssen nur den Haushalt ganz lesen. Sie sind schließlich im Haushaltsausschuss. Suchtprävention betreiben wir nicht nur bei Crystal Meth. Es gibt einen ganz großen Bereich, in dem die Mittel gegenseitig deckungsfähig sind. Wenn wir ein Thema anpacken – Crystal Meth ist bei uns im ländlichen Bereich entlang der Grenze zu Tschechien ein drängendes Thema -, dann werden wir dafür Geld zur Verfügung stellen. Das ist in diesem Haushalt passiert.

Wenn ich jetzt die Gelegenheit habe, kann ich auch noch darauf eingehen, dass Sie einen weiteren Punkt nicht richtig dargestellt haben, Herr Güller. Wenn Sie mir durch Ihre Zeitspende die Gelegenheit dazu geben, möchte ich das auch tun. Sie haben vorhin erwähnt, dass wir dringend die Investitionskosten für die Altenheime fördern müssten. Fakt ist, dass es einen Investitionsstau gibt. Fakt ist auch, dass es hierfür KfW-

Darlehen gibt. Fakt ist – das ist für Sie ganz wichtig, und damit hat auch Herr Leiner nicht recht -, dass wir leerstehende Plätze in stationären Pflegeeinrichtungen haben. Das zeigt natürlich, dass es den großen Bedarf nicht gibt und dass die Heimträger durch unser Programm mit den KfW-Darlehen weiterkommen können. Deshalb hat es für dieses Projekt, das Sie hier vorgestellt haben, keinen Bedarf gegeben. Auch Ihr Antrag auf Förderung von Pflegestützpunkten, die Sie im Landtag gefordert haben, ist deswegen ein Rohkrepieler gewesen, weil die Kommunen keine Doppelstrukturen wollen. Es gibt in Bayern über 100 Fachstellen für pflegende Angehörige, die dasselbe leisten wie die Pflegestützpunkte, und das auch noch besser. Das wollte ich dazu nur sagen.

(Beifall bei der CSU)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Nächste Rednerin ist die Kollegin Kathrin Sonnenholzner.

Kathrin Sonnenholzner (SPD): (Von der Rednerin nicht autorisiert) Frau Präsidentin, Kolleginnen und Kollegen! Die Versuchung ist groß, an einer solchen Stelle eine Generaldebatte zu führen. Ich versuche aber, dieser Versuchung nicht zu erliegen, und verbinde das mit dem Wunsch an Sie, Frau Ministerin, dass Sie uns Gesundheitspolitikern im Rahmen einer Regierungserklärung im nächsten Jahr Gelegenheit geben, Ihr Tun oder auch Ihr Unterlassen zu kommentieren.

Herr Seidenath, eine kleine Richtigstellung muss ich jetzt schon noch machen. Auch im Fall des Einzelplanes 14 stellen nicht CSU-Fraktion, sondern die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler das Geld zur Verfügung.

(Beifall bei der SPD)

Ich beschränke mich auf einige wenige Themen. Eines dieser Themen ist natürlich das neue Ministerium für Gesundheit und Pflege. Die Opposition hätte selbstverständlich sagen können: Das ist überflüssig. Es kostet Geld. Wir brauchen es nicht. - Wir

haben das aus gutem Grund nicht getan; denn wir halten die Entscheidung, die der Ministerpräsident getroffen hat, für richtig. Diese Themen sind so wichtig, dass sie eines eigenen Hauses bedürfen. Ein Türschild allein reicht aber nicht. Wenn ein neues Ministerium gegründet wird, muss es auch arbeitsfähig sein. Das wiederum bedeutet, dass die personelle Ausstattung passen muss.

Wir haben noch Altlasten, zum Beispiel im Referat 27, das sich unter anderem mit den Themen Psychiatrie, Drogen und Sucht beschäftigt. Dieses Referat ist schon seit Jahren, auch als es noch im Sozialministerium ressortiert war, chronisch unterbesetzt. Dennoch stellen wir diesem Referat zu Recht immer neue Aufgaben, zum Beispiel die Aufgabe der Entwicklung eines Psychisch-Kranken-Hilfe-Gesetzes. Sie haben dafür Stellen der ehemaligen Landgerichtsärzte in dieses Referat umgeschichtet. Da ich das Wort "Murks" in diesem Zusammenhang nicht verwenden darf, nenne ich das "kreative Stellenbewirtschaftung". Sie haben keine zusätzlichen Stellen geschaffen. Immerhin gibt es in diesem Referat zwei neue Stellen, was auch ein Erfolg der SPD-Fraktion ist. Eine dieser Stellen ist schon besetzt. Damit hat dieses Referat eine erhöhte Arbeitsfähigkeit.

Es brennt jedoch auch an vielen anderen Ecken. Die Worte "schlanker Staat" klingen gut; wer wollte dies in der Gesundheitspolitik bezweifeln. "Schlank" bedeutet jedoch, dass Überflüssiges fehlt. Bezogen auf das Ministerium bedeutet "schlank" eher Kachexie oder Anorexie. Frau Ministerin, Sie und ich wissen, dass dies Krankheitsbilder sind. Deshalb fordert die SPD seit Jahren jeweils eine ärztliche und eine nichtärztliche Stelle an den bayerischen Gesundheitsämtern. Die Tatsache, dass wir nicht zu allen Forderungen Anträge zum Haushalt gestellt haben, heißt nicht, dass wir diese Forderungen nicht aufrechterhielten. Wir haben diese Anträge nicht gestellt, weil wir wussten, dass Sie ihnen nicht zustimmen werden.

Diese geforderten Stellen waren schon in den letzten Jahren dringend nötig. Sie sind umso nötiger geworden, da auch Sie endlich erkannt haben, dass Schuleingangsuntersuchungen wichtig sind. Deshalb haben Sie etwas in diese Richtung unternommen,

aber nicht genug. Ich möchte ein Thema aus der heutigen Presse aufgreifen: Ich begrüße es sehr, dass der Bund in das Präventionsgesetz die Impfberatungspflicht hineinschreiben will. Ich möchte, dass bei diesem Thema die Gesundheitsämter ihre Verantwortung wahrnehmen, da nicht alle Ärzte die Impfberatung in der Weise leisten, wie wir es uns wünschen.

Wir bräuchten sehr viel mehr Stellen für die Anerkennung ausländischer Berufsabschlüsse. Dort besteht ein riesiger Antragsstau. Wir können Stellen in der Pflege nicht besetzen, weil Anerkennungsanträge nicht abgearbeitet werden.

(Beifall bei der SPD)

Ich bedanke mich an dieser Stelle bei der überwiegenden Mehrheit der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Ministerium für Gesundheit und Pflege. Wir wissen, was dort geleistet wird. Die Zusammenarbeit läuft größtenteils hervorragend. Ich schließe in diesen Dank auch die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Landesamtes für Gesundheit und Lebensmittelsicherheit ein, aber insbesondere auch der Gesundheitsämter vor Ort.

Damit komme ich zu unserem aktuellen Haushaltsantrag auf Drucksache 17/4157, mit dem wir 20 zusätzliche Stellen bei den Bezirksregierungen fordern. Mit diesen Stellen soll vor allem die Betreuung von Asylbewerberinnen und Asylbewerbern sichergestellt werden. Sie verweisen hierzu auf die Beleihung von niedergelassenen Ärzten. Wir werden es Ihnen nicht ersparen abzufragen, wie viel Geld dies mehr kostet. Wir wissen ohnehin, dass es ein Mehr an organisatorischem Aufwand geben wird. Sie wollen sich dieser Aufstockung bei den Regierungen entziehen. Ich merke bei meinen Gesprächen vor Ort immer, wie groß die Not tatsächlich ist. Bei dem großen Ansturm können nicht einmal die Erstuntersuchungen bewältigt werden. Deshalb wäre es wirklich nötig, dass Sie diesem Antrag zustimmen.

(Beifall bei der SPD)

Frau Ministerin, wir brauchen eine Kampagne, um mehr Personal in den ÖGD zu bringen. Dies wäre das nächste Thema.

Uns ist ein Thema wichtig, das Sie für unbedeutend halten, nämlich die Kondomversorgung von Häftlingen. Dies wäre gerade für die Prophylaxe wichtig.

(Unruhe)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Ich bitte um etwas mehr Ruhe! Wenn Sie etwas zu besprechen haben, dann unterhalten Sie sich bitte draußen.

Kathrin Sonnenholzner (SPD): In fast allen Bundesländern werden Kondome niedrigschwellig abgegeben. Sie verweisen darauf, dass dies die Ärzte tun sollen. In der "Passauer Neuen Presse" vom Juli wird berichtet, dass ein Kollege aus der Medizin die Abgabe von Kondomen an einen Häftling, der sich an ihn gewandt hat, verweigert habe. Wenn das stimmt, wäre das ein Riesenskandal. Ein Häftling wendet sich an einen Arzt, was bereits ein Riesenschritt ist, und der Arzt sagt: Das gibt es nicht; denn wir wollen der Homosexualität keinen Vorschub leisten.

Ich denke, die Redezeit ist zu kurz, auch wenn man am Anfang nicht sieben Minuten lang über TTIP schwadroniert. Deshalb nur ganz kurz zum Thema Prävention: Die Jahresschwerpunkte verpuffen. Sie werden dem Problem nicht gerecht. Beginnen Sie endlich damit, Querschnittsaufgaben der Prävention aufzugreifen, zum Beispiel die Themen Bewegung und Sport. Diese Themen spielen bei fast allen Präventionen eine wichtige Rolle. Versuchen Sie, diese Themen nachhaltig zu etablieren. Sie werden bei allen konstruktiven Maßnahmen, bei denen es darum geht, die Gesundheitsversorgung der Menschen in Bayern zu verbessern, die SPD-Fraktion an Ihrer Seite haben.

(Beifall bei der SPD)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Herzlichen Dank. - Ich bitte nun Herrn Professor Dr. Bauer ans Rednerpult.

Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer (FREIE WÄHLER): Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Unser Verfassungsauftrag lautet, gleichwertige Lebensverhältnisse im ganzen Land zu schaffen. Seitdem die FREIEN WÄHLER das Vertrauen der Bevölkerung bekommen haben und im Bayerischen Landtag Sitz und Stimme haben, setzen sie sich für die Schaffung dieser gleichwertigen Lebensverhältnisse im ganzen Land ein. Wir stellen fest, dass gleichwertige Lebensverhältnisse nicht nur für Investitionen gelten, sondern auch für die Themen Gesundheit und Pflege. Hier bestehen erhebliche Nachteile, Defizite und ein ausgeprägtes Nord-Süd-Gefälle.

Lesen Sie die Sozialberichte der Staatsregierung. Herr Kollege Unterländer, ich spreche von den offiziellen Berichten, die wir seit dem Jahr 2010 regelmäßig erhalten. In diesen Berichten können Sie erkennen, dass das Ungleichgewicht in Bayern nach wie vor existent ist. Unsere Aufgabe ist es, nicht nur in der Wirtschaftspolitik, sondern auch in der Gesundheits- und Pflegepolitik endlich für ausgeglichene und gleichwertige Lebensverhältnisse in Bayern zu sorgen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Deshalb haben wir Anträge gestellt. Lieber Herr Zellmeier, ich habe heute Nacht sehr schlecht geschlafen. Ich habe mich daran erinnert, was Sie gestern Abend gesagt haben. Glauben Sie, dass Sie draußen an Glaubwürdigkeit gewinnen, wenn Sie 105 Haushaltsanträge der FREIEN WÄHLER ablehnen? Können Sie das einem Bürger erklären? Dieses Vorgehen ist auch aus einem anderen Grund problematisch: Sie beleidigen damit fast 10 % der Wähler in Bayern, die uns ihr Vertrauen geschenkt haben! Das sollten Sie einmal bedenken. Es entspricht nicht der Lebenswirklichkeit und der Lebenserfahrung, dass 105 Haushaltsanträge von der Mehrheitsfraktion kompromisslos abgelehnt werden. Dies widerspricht dem gesunden Menschenverstand und ist eine Beleidigung für unsere Wähler. Das möchte ich an dieser Stelle einmal ganz deutlich sagen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN – Josef Zellmeier (CSU): Haben Sie diese 105 Anträge gegenfinanziert? Sie müssen sagen, wo das Geld dafür herkommen soll!)

- Wie machen Sie es denn bei Ihren Mehrungen? Sehen Sie sich einmal an, wie sich der Haushalt in den letzten Jahren entwickelt hat. Herr Zellmeier, ein Thema beschäftigt mich jeden Tag, nämlich das Thema Landesbank.

(Kerstin Schreyer-Stäblein (CSU): Ist das Thema Landesbank auch im Gesundheitshaushalt abgebildet?)

- Ach Gott, schwatzen Sie doch nicht daneben! Verhalten Sie sich ruhig und hören Sie einmal zu! Ich habe immer das Gefühl, dass Sie dazwischenplärren, wenn Sie nervös werden. Sie lassen mich nicht einmal einen Gedanken zu Ende führen. – Herr Zellmeier, jeden Tag wird eine Million Euro an Steuergeldern für die Zinszahlungen für die Landesbank verbraten. Dort wollen wir das Geld hernehmen, um die sozialen Projekte zu finanzieren.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Diese ganz klare Auskunft gebe ich Ihnen. Sie können mich hier gar nicht in Verlegenheit bringen; dafür müssten Sie noch ein bisschen mehr lernen.

Vielen Dank an dieser Stelle, dass ich hier die Möglichkeit hatte, etwas ganz anderes zu sagen. Damit konnte ich ein Thema von gestern abarbeiten, das in der Bevölkerung draußen ganz anders ankommt. Glauben Sie mir das. Indem Sie 105 Anträge ablehnen, beleidigen Sie 10 % der Wählerschaft in Bayern. Das sollte Ihnen zu denken geben.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der SPD)

Drei Themen, zu denen Anträge von uns abgelehnt worden sind, möchte ich hervorheben. Eines davon bezieht sich auf alternative Wohnformen. Unsere Anträge hierzu

sind leider abgelehnt worden. Sie wissen, es ist ganz wichtig, dass ältere Menschen in ihren eigenen vier Wänden leben. Das ist menschenwürdig, menschengerecht und auch billiger und für die Gesellschaft zielführender, im Alter in den eigenen Räumen leben zu können.

Das nächste Thema ist Demenz. Es ist vorhin schon angesprochen worden. Wir wissen aus medizinischen Studien, dass sich die Zahl der Demenzkranken in den nächsten Jahren verdoppeln wird. Hier gibt es ein riesiges Problem. Wir haben dazu ganz klare Vorschläge gemacht. Auch diese können wir mit der Million Euro finanzieren, die Sie jeden Tag wegen des Landesbankskandals verbraten. Daher kommt das Geld. Das sage ich ganz deutlich, damit es auch der Letzte mitbekommt.

Auch die ambulanten Pflegedienste sind sehr wichtig. In Bayern gibt es nur einen einzigen psychiatrischen Pflegedienst. Dieser psychiatrische Pflegedienst sitzt in München. Auch hieran wird wieder deutlich, wie unausgewogen das Verhältnis zwischen Nord und Süd in Bayern ist. Auch hier fordern wir gleichwertige Lebensverhältnisse in Bayern. – Diese Strukturen müssen geändert werden. Sie sind nicht mehr zeitgemäß und auch nicht mehr verfassungskonform.

Deswegen fordere ich Sie auf, über Ihr Abstimmungsverhalten nachzudenken. Denken Sie über Ihre Wirkung draußen im Lande nach! Denken Sie daran, dass auch vonseiten der Opposition sehr gute Vorschläge kommen! Denken Sie daran, dass Sie nicht ständig erhebliche Bevölkerungsteile in Bayern durch Ihre Verweigerungshaltung beleidigen können! – Herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Danke schön. Herr Professor Bauer, bitte bleiben Sie am Rednerpult. Herr Kollege Baumgärtner hat sich zu einer Zwischenbemerkung gemeldet.

(Dr. Sepp Dürr (GRÜNE): Ihr habt jetzt mehr Redezeit, da braucht ihr keine Zwischenbemerkung mehr!)

Jürgen Baumgärtner (CSU): - Erst denken, dann sprechen.

(Beifall bei der CSU)

Guten Morgen, Frau Präsidentin, Kolleginnen und Kollegen! Der Eindruck könnte entstehen, dass die CSU Anträge nur deshalb ablehnt, weil sie von den FREIEN WÄHLERN, der SPD oder den GRÜNEN kommen. Das weise ich in aller Deutlichkeit zurück.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Es ist aber trotzdem so! Das sieht ja ein Blinder, dass es so ist!)

Herr Bauer, ringen wir denn im Ausschuss für Gesundheit und Pflege nicht parteiübergreifend um gute Lösungen?

(Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Es geht jetzt um den Haushalt, oder? – Zurufe von der SPD, den FREIEN WÄHLERN und den GRÜNEN)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Bitte, Herr Professor Bauer, Sie haben das Wort. Sie haben zwei Minuten für Ihre Antwort.

(Unruhe)

Ich bitte doch um etwas Ruhe. Das Wort hat Herr Professor Bauer.

Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer (FREIE WÄHLER): Vielen Dank für die Zwischenfrage. Ich kann aus voller Überzeugung sagen: Dieser Eindruck trügt nicht, dieser Eindruck stimmt.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN, der SPD und den GRÜNEN)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Danke schön. – Bitte, Herr Holetschek.

Klaus Holetschek (CSU): Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Genau wegen solcher Debatten fragen sich die Menschen: Was tut die Politik eigentlich für unsere Probleme? – Genau das muss die Zuhörerinnen und Zuhörer auf der Besuchertribüne begeistern. Wenn wir über Gesundheit und Pflege reden, müssen wir über die Probleme der Menschen reden und nicht über irgendwelche Geschäftsordnungsthemen. Das ist unser Auftrag.

(Beifall bei der CSU)

Diesen Auftrag nehmen wir, die CSU, ernst, meine Damen und Herren. Wir haben ein eigenes Ministerium für Gesundheit und Pflege. Das bedeutet einen Quantensprung. Wir zeigen damit: Gesundheit und Pflege stehen im Mittelpunkt der Gesellschaft und sind uns wichtig.

Wir haben in diesem Jahr schon einiges auf diesem Gebiet geleistet. Es geht darum, die ärztliche Versorgung im ländlichen Raum sicherzustellen. Es geht darum, in Berlin Akzente zu setzen. Gesundheitspolitik wird auch in Berlin gemacht, meine Damen und Herren. Ich muss der Ministerin gratulieren und ihr Respekt zollen, welchen Einfluss sie bei den Koalitionsverhandlungen genommen hat, damit es auch eine bayerische Handschrift gibt. Melanie Huml hat dafür die richtigen Akzente gesetzt. Dafür ein herzliches Dankeschön.

(Beifall bei der CSU – Kerstin Schreyer-Stäblein (CSU): Bravo!)

Meine Damen und Herren, im ländlichen Raum befinden sich unter anderem Kurorte und Heilbäder. Dort gibt es 100.000 Arbeitsplätze, und dort entstehen 3,7 Milliarden Euro an Wertschöpfung. Auch dort ist es wichtig, dass wir Förderprogramme fortsetzen. Das tun wir. Wir setzen Akzente für den ländlichen Raum, indem wir dort die richtigen Maßnahmen bündeln. Und wir werden nicht nachlassen, die demografische Herausforderung gemeinsam anzugehen.

Das sind die großen gesellschaftspolitischen Themen: die älter werdende Gesellschaft und die Frage, wie wir mit Pflege umgehen. Hier müssen wir gemeinsam handeln. Das Parlament muss in Einigkeit vorgehen. Wenn wir dafür werben, dass sich Menschen in der Pflege engagieren, müssen wir Wertschätzung in den Mittelpunkt stellen. Dafür steht auch die Initiative des Kollegen Imhof zur Bezahlung. Ich bin außerordentlich dankbar für die Anstöße, die wir geben. Diese müssen wir verstetigen und voranbringen. Diesen Aufgaben stellen wir uns hier gemeinsam.

Wichtig sind mir außerdem die Palliativ- und Hospizbewegung. Auch dieses Aufgabenfeld halte ich für sehr wichtig. Im Moment verfolgen wir die Diskussionen über die Sterbehilfe. In Belgien wurde schon beschlossen, dass Kinder Sterbehilfe beanspruchen können. Vor diesem Hintergrund erkennen wir, vor welchen ethischen Herausforderungen wir hier gemeinsam stehen. Wir wissen, dass wir diese nur bewältigen können, wenn wir darüber sehr ernsthaft und mit großem Verantwortungsbewusstsein diskutieren.

Gleichzeitig stärken wir die ehrenamtlichen Palliativ- und Hospizbewegungen. Wir haben dafür 50.000 Euro vorgesehen. Das ist zugegebenermaßen ein kleiner Tropfen. Aber diese Ausgabe soll zeigen, dass uns das Thema wichtig ist. Die darauf bezogenen Fragen haben Tiefgang und betreffen wirklich die Versorgung der Älteren in der Gesellschaft. Ich bitte darum, dass wir diese Themen weiter gemeinsam angehen.

Ich möchte mich an dieser Stelle auch für die gute Arbeit im Gesundheitsausschuss bedanken. Sie ist sehr konstruktiv und von einer großen Gemeinsamkeit getragen. – Herr Kollege Güller, anscheinend verhält es sich im Haushaltsausschuss nicht so. Sie sitzen nämlich immer noch im Zug nach Nirgendwo. Vorhin haben Sie das Kursbuch angesprochen. Dabei kann ich Ihnen wirklich nicht folgen. Diese Äußerungen waren platt und populistisch.

(Harald Güller (SPD): Und vor allem richtig!)

Es ging um irgendwelche Empfänge mit Bezug zur Gesundheitspolitik. – Herr Kollege Güller, machen Sie sich doch nicht lächerlich. Das ist wirklich unterste Schublade!

(Beifall bei der CSU)

Ich bin froh, dass es in der SPD auch andere Formen des Umgangs gibt. Im Gesundheitsausschuss handeln wir gemeinsam, damit unsere Gesellschaft, die Jungen und die Älteren, gut versorgt werden.

Das Thema eines eigenen bayerischen Präventionsplans will ich auch noch ansprechen. Nächstes Jahr wird das Thema Kindergesundheit sehr wichtig sein. In diesem Aufgabenbereich sind wir auf einem guten Weg. Das ist ein Kernthema der Politik und ein Markenzeichen der CSU. Daran wollen wir arbeiten, und das nehmen wir sehr ernst.

(Beifall bei der CSU)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Danke schön. Bitte bleiben Sie am Rednerpult; wir haben noch eine Zwischenbemerkung der Kollegin Rauscher.

Doris Rauscher (SPD): (Von der Rednerin nicht autorisiert) Herr Holetschek, ich habe nur eine kleine Zwischenbemerkung. Ich stelle mir gerade die Frage, woran es denn liegen könnte, dass das Klima im Gesundheitsausschuss so positiv ist. Könnte das auch an der Vorsitzenden aus der SPD liegen?

Klaus Holetschek (CSU): Ich glaube nicht, dass die Frau Vorsitzende hier ein öffentliches Lob braucht.

(Widerspruch bei der SPD, den FREIEN WÄHLERN und den GRÜNEN)

Die Gemeinsamkeit eines Parlaments liegt doch darin - -

(Zurufe von der SPD, den FREIEN WÄHLERN und den GRÜNEN)

Lassen Sie uns doch einfach in den Mittelpunkt stellen, dass Gesundheitspolitik und Pflegepolitik eine Kernpolitik für die Menschen bedeuten, der wir uns alle über die Parteigrenzen hinweg verpflichtet sehen. Wir ringen um die besten Lösungen. Dass wir oft die besten Argumente haben, ist nun einmal unserer Politik geschuldet.

(Widerspruch bei der SPD, den FREIEN WÄHLERN und den GRÜNEN)

- Die meisten stimmen ja; das ist schön.

(Beifall bei der CSU)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Danke schön. – Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, auf unserer Ehrentribüne haben heute Gäste Platz genommen. Ich begrüße den Präsidenten des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs, Herrn Dr. Karl Huber, den Präsidenten des Oberlandesgerichts Nürnberg, Herrn Peter Küspert, sowie die Generalsekretärin des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs, Frau Dagmar Ruderisch, sehr herzlich. Sie sind wegen des nächsten Tagesordnungspunkts gekommen. Herzlich willkommen!

(Allgemeiner Beifall)

Frau Ministerin, Sie haben das Wort.

Staatsministerin Melanie Huml (Gesundheitsministerium): Werte Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Zuallererst bedanke ich mich dafür, dass ich überhaupt an dieser Stelle stehen darf, dafür, dass es ein eigenes Gesundheits- und Pflegeministerium gibt. An dieser Stelle sage ich Horst Seehofer ein herzliches Dankeschön, auch wenn er heute nicht da ist. Er hat diese Entscheidung getroffen. Ich sage auch allen, die im letzten Jahr beim Aufbau mitgeholfen haben, ein herzliches Dankeschön. Das waren sehr viele: der Haushaltsausschuss unter dem Vorsitz von Peter Winter und dem stellvertretenden Vorsitz von Volkmar Halbleib, mein eigener Ausschuss – wenn ich es so ausdrücken darf – unter dem Vorsitz von Kathrin Sonnenholzner und Bernhard Seidenath, und all die weiteren, die aus den verschiedenen Fraktionen hier mit-

gewirkt haben. Vorweg an alle ein herzliches Dankeschön, dass die Arbeit von großer Gemeinsamkeit getragen wird.

Ich glaube, es ist ein wichtiges Signal an die Bevölkerung in Bayern, dass wir ein eigenes Gesundheits- und Pflegeministerium haben. Das zeigt sich auch an den Aktivitäten, die wir im letzten Jahr neben dem Aufbau, der mit der Schaffung eines neuen Ministeriums verbunden ist, entfalten konnten. Es war ein starkes Signal an die Bürgerinnen und Bürger, das zeigt, dass uns der Bereich Gesundheit und Pflege so wichtig ist, weil in ihm unwahrscheinlich viele Menschen Tag und Nacht arbeiten. Das sind viele Ehrenamtliche, und viele arbeiten zu Hause in der Familie für Gesundheit und Pflege. Es sind aber auch viele Hauptamtliche. Auch ihnen an dieser Stelle ein herzliches Dankeschön! Es wird enorm viel geleistet, vor allem im Bereich der Pflege.

(Beifall bei der CSU)

Zu denjenigen, die sich in diesem Bereich besonders einsetzen, gehört mein Kollege Herrmann Imhof als Patienten- und Pflegebeauftragter, der stets ein offenes Ohr für die Sorgen und Nöte der Menschen vor Ort hat und sich entsprechend einbringt. Für deinen unermüdlichen Einsatz sage ich auch dir ein herzliches Dankeschön an dieser Stelle.

Das neue Ministerium steht für das, was sich die Menschen am meisten wünschen: Gesundheit und Lebensqualität. Es gilt, diese Bereiche weiterzuentwickeln, gleichzeitig aber auch die Menschen an ihre Eigenverantwortung zu erinnern. Wir müssen dafür sorgen, dass die Menschen für sich selbst Verantwortung übernehmen. Wenn sie krank oder pflegebedürftig sind, sind wir da, unterstützen sie und sorgen für sie. Um diese beiden Bereiche kümmern wir uns ganz stark.

Ich habe schon gesagt: Das erste Jahr war sehr vom Aufbau geprägt. Es war aber auch von den Koalitionsverhandlungen geprägt. Hier haben wir dafür gesorgt, dass vieles die bayerische Handschrift trägt. Wir werden sehr darauf achten, dass das, was in der Koalitionsvereinbarung steht, auch umgesetzt wird.

Wir haben im ersten Jahr unser Förder- und Stipendienprogramm erfolgreich weitergeführt und eine Taskforce Infektiologie auf den Weg gebracht. Wir haben den Auf- und Ausbau der Hospiz- und Palliativversorgung weiter stark vorangetrieben.

Wir haben auch dafür gesorgt, dass die Honorarobergrenze für Hausärzte fällt. Lieber Kollege Dr. Vetter, dazu gab es in den Koalitionsverhandlungen eine Initiative aus Bayern, und uns ist es gelungen, dass die Umsetzung für die Hausärzte sehr schnell erfolgt. Ich bin voll bei Ihnen, wenn Sie sagen, dass es gut war, dass die Honorarobergrenze gefallen ist.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU)

Aber es gibt auf Bundesebene noch mehr zu tun, und ich bin froh, wenn wir manches parteiübergreifend voranbringen können, zum Beispiel mehr Regionalisierung, damit nicht so viele Mittel aus Bayern abfließen, und die Definition der Pflegebedürftigkeit noch in dieser Legislaturperiode. Das sind Themen, die mir noch sehr stark auf den Nägeln brennen, und ich werde dafür kämpfen, dass wir hier weiter vorankommen werden.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, als Gesundheits- und Pflegeministerin und als Ärztin ist es mir vor allem ganz wichtig, dass wir immer den Menschen im Mittelpunkt haben und bei allen Diskussionen über Summen und Stellen nicht vergessen, dass wir alles für die Menschen in Bayern tun. Dabei geht es nicht darum, dass man alles komplett umkrempelt, sondern darum, dass man das Gesundheitssystem besonnen und intelligent weiterentwickelt. Deswegen sind mir für die nächsten zwei Jahre einige Schwerpunkte sehr wichtig.

Dazu gehören die Prävention und die Vermeidung von Krankheiten und die Eigenverantwortung der Menschen, die Sicherstellung der medizinischen und der pflegerischen Versorgung in ganz Bayern – ich sage bewusst: in ganz Bayern – sowohl ambulant als auch stationär. Dazu gehört auch, neue Wege in der Pflege zu gehen und schwerst-

krank und sterbende Menschen menschenwürdig zu begleiten. All das ist mir für die nächsten zwei Jahre neben allem anderen, was wir tun, besonders wichtig.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Prävention und Gesundheitsförderung gehören zu den Kernelementen bayerischer Gesundheitspolitik. Deswegen, liebe Kollegin Sonnenholzner, wollen wir eine ganzheitliche Präventionsstrategie. Deswegen haben wir auch mit den Kabinettskollegen und ihren Mitarbeitern Arbeitskreise geschaffen mit dem Ansatz in den Lebenswelten und der Lebensphasen. Wir wollen die Menschen da abholen, wo sie sind, um möglichst viele von ihnen zu erreichen. Deswegen wollen wir im nächsten Jahr auch den Bayerischen Präventionsplan zum Laufen bringen.

Ein besonderes Augenmerk von mir und von uns allen – ich hoffe, von möglichst vielen – wird auf der Kindergesundheit liegen. Im Mittelpunkt sollen Themen wie gesunde Ernährung und Bewegung stehen; dazu gehört aber noch viel mehr. Dazu gehört auch eine Impffensive, eine Impfkampagne. Man muss sich nur die Zahl der Masernaussbrüche 2013 in München und Umgebung anschauen. Sie zeigt, dass wir hier noch Nachholbedarf haben. Deswegen wollen wir rund 2 Millionen Euro in Präventionsprojekte und Aufklärungskampagnen und 600.000 Euro in eine Impfkampagne geben, um möglichst viele Kinder und Eltern zu erreichen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, mir ist auch die Neukonzeption der Schuleingangsuntersuchung ein Anliegen. Übrigens ist schon in der letzten Legislaturperiode von der Kollegin Kerstin Schreyer-Stäblein mit angeregt worden, sich die Schuleingangsuntersuchungen einmal genauer anzuschauen. Dabei ist mir wichtig klarzustellen, dass wir die Schuleingangsuntersuchungen nicht deshalb um ein Jahr vorverlegen, damit die Schülerinnen und Schüler ein Jahr eher in die Schule gehen sollen. Nein, wir wollen ein Jahr mehr Zeit für eine Förderung haben, wenn sie notwendig ist. Das macht Sinn, und das ist gut für unsere Kinder.

(Beifall bei der CSU)

Die Schuleingangsuntersuchungen geben uns auch die Möglichkeit, alle Kinder in Bayern zu erreichen. Ich will, dass wir diese Chance ordentlich nützen, von daher die Neukonzeption. Dadurch, dass das Pilotprojekt schon im nächsten Jahr beginnen kann, kommen wir ein Stück schneller voran.

Dabei wird auch der öffentliche Gesundheitsdienst eingebunden sein. Liebe Kollegin Sonnenholzner, wenn wir für den Nachwuchs werben wollen, bin ich gern bereit, konzeptionell etwas zu tun; denn ich bin der Auffassung, dass der öffentliche Gesundheitsdienst vor Ort viel leistet. Deswegen müssen wir dafür sorgen, dass es genügend Nachwuchs gibt.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wenn wir von Prävention sprechen, ist für uns entscheidend – darauf hat Herr Kollege Holetschek schon hingewiesen –, dass die medizinische Qualität und die Infrastruktur unserer Kur- und Heilbäder verbessert werden.

(Beifall bei der CSU)

Wir haben hier schon ein Förderprogramm auf den Weg gebracht und haben im Doppelhaushalt 1,8 Millionen Euro pro Jahr für die weitere Förderung vorgesehen. Ich halte das für richtig und zielführend. Das wird durch das betriebliche Gesundheitsmanagement ergänzt; denn in meinen Augen werden gesunde Mitarbeiter für die Unternehmen immer wichtiger. Ich halte die Kombination mit Kur- und Heilbädern für sehr sinnvoll. Deswegen unterstützen wir das sehr gerne.

Kur- und Heilbäder erhöhen die Attraktivität des ländlichen Raums. Es geht um mehr als eine schöne Landschaft. Es ist klar, dass die Infrastruktur stimmen muss; aber es gibt noch mehr. Die Menschen achten inzwischen sehr wohl darauf, dass es eine gute medizinische Versorgung vor Ort gibt, wenn sie an einen Ort ziehen oder in einem Ort bleiben wollen. Deswegen ist es mir enorm wichtig, dass wir unsere bewährten Programme zur Niederlassungsförderung der Hausärzte voranbringen und das Stipendienprogramm, mit dem Studierende motiviert werden sollen, nach dem Studium im

ländlichen Raum tätig zu sein, weiter auf hohem Niveau fahren können. Wir wollen das Hausärzteniederlassungs-Förderprogramm – der Kollege Bernhard Seidenath hat es schon angesprochen – auf Fachärzte ausdehnen; denn wir brauchen in der Fläche Hausärzte und Fachärzte. Im ländlichen Bereich werden die Kommunalpolitiker darauf immer häufiger angesprochen, und auch uns ist es wichtig, dass es eine gute Vernetzung vor Ort gibt.

Unsere Regionen sind unterschiedlich. Auch die medizinische Versorgung und die Präventionsangebote vor Ort sind unterschiedlich. Die Idee der "Gesundheitsregionen plus" besteht darin, die Partner im Gesundheits- und Pflegebereich vor Ort zusammenzubekommen, damit gemeinsame Ideen für Prävention und Gesundheitsversorgung entwickelt werden können. Dann können wir schauen, wie wir das, was vor Ort entwickelt wird, mit Förderprogrammen unterstützen können.

(Unruhe)

Deswegen sprechen wir von "Gesundheitsregionen plus", weil in den Regionen schon viel passiert ist und wir das weiter unterstützen wollen.

(Beifall bei der CSU)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Frau Staatsministerin, einen Moment bitte. Ich hätte noch eine Bitte an die Kolleginnen und Kollegen: Es ist ein derartiges Gemurmel hier im Saal, ich bitte Sie, einfach zuzuhören. Ich denke, jeder Redner – egal welcher Partei -, der am Rednerpult steht, hat den Respekt aller verdient. Wenn Sie sich unterhalten müssen, gehen Sie bitte nach draußen. Die Abstimmungen beginnen hinterher, das geht dann Schlag auf Schlag. Bitte seien Sie doch etwas ruhiger!

Staatsministerin Melanie Huml (Gesundheitsministerium): Wir haben für die Förderung der Gesundheitsregionen allein Mittel im Umfang von 2,6 Millionen Euro und Verpflichtungsermächtigungen für einen Zeitraum von fünf Jahren im Haushalt einbringen

können. Mir war dies wichtig, weil es sich um eine längerfristige Maßnahme handeln soll.

Auch die stationäre Versorgung muss stimmen. Wir haben in Bayern ein dicht geknüpftes Netz an zeitgemäßen Krankenhauseinrichtungen. Das ist für den Flächenstaat Bayern von enormer Bedeutung. Wir benötigen den Erhalt dieser stationären Versorgungsstrukturen. Ich halte das für wichtig, und deswegen investieren wir in diese Strukturen. Wir haben im Doppelhaushalt 2015/2016 je 500 Millionen Euro zur Verfügung, um in die Krankenhäuser, das heißt die Gebäude, investieren zu können. Lieber Kollege Leiner, wir haben dafür auch die Pauschalen erhöht, weil das der Wunsch der Krankenhausträger vor Ort war.

Lieber Kollege Dr. Vetter, Sie hatten auch davon gesprochen, wir sollten im ländlichen Bereich die Versorgung sicherstellen. 60 % der Maßnahmen mit einem Volumen von einer Milliarde Euro entfallen auf Krankenhäuser im ländlichen Raum. Auch die Krankenhausförderung in Bayern berücksichtigt die ländlichen Strukturen. Ich finde, das geschieht zu Recht, weil wir gerade auch in ländlichen Räumen eine Krankenhausversorgung benötigen. Deswegen habe ich mich vor Kurzem in der Bund-Länder-Arbeitsgruppe für Krankenhausreform so massiv dafür eingesetzt, Sicherstellungszuschläge festlegen zu können, und dafür, dass die Notfallambulanzen besser ausgestattet werden, um die flächendeckende Versorgung mit bedarfsgerechten Häusern weiter erhalten zu können. Wir sind sehr aktiv und tun etwas für unsere Krankenhäuser.

(Beifall bei der CSU)

In Bezug auf den ländlichen Raum ist auch ein Ausbau der Telemedizin wichtig. Es ist erforderlich, dass das Wissen der Spezialisten in die Fläche kommt. Es müssen die Daten laufen, und es darf nicht sein, dass die Menschen laufen müssen. Es gibt in Bayern viele Projekte, die wir weiter vorantreiben, weil die Telemedizin und die Digitalisierung sehr wichtig sind.

Mich bewegt auch das Thema der Personalengpässe in der Altenpflege sehr intensiv. Sie wissen, dass es eine aktuelle Bedarfs- und Angebotsprognose gibt, wonach ein starker Mangel bei den Auszubildenden in den nächsten Jahren vorausgesagt wird. Deswegen war es mir eine großes Anliegen zu überprüfen, wie wir den Altenpflegeberuf noch attraktiver machen können. Wir haben im Oktober ein 5-Punkte-Programm dazu vorgestellt. Zuallererst gehört für mich die Entbürokratisierung dazu. Das bedeutet weniger Dokumentation in den Alten- und Pflegeheimen. Dazu gehört für mich aber auch die weitere Fortführung der Kampagne "Herzwerker". Ebenso gehört eine bessere Anleitung in der praktischen Ausbildung dazu. Wenn ich mit denjenigen spreche, die eine Ausbildung durchlaufen, höre ich immer wieder, es käme darauf an, wo die Ausbildung absolviert werde, ob eine gute Anleitung erfolge oder nicht. Ich möchte, dass wir *einen* Standard für ganz Bayern haben. Wenn jemand die Ausbildung durchläuft, muss er sich darauf verlassen können, eine gute Praxisanleitung zu erhalten. Das erscheint mir sehr wichtig. Gleichzeitig möchte ich ein Projekt zum Stopp von Ausbildungsabbrüchen auflegen.

Wichtig ist schließlich auch die Ausbildungsumlage. Vorhin ist die Frage aufgetaucht, warum wir in diesem Zusammenhang zuerst eine Studie in Auftrag gegeben haben. In anderen Bundesländern ist die Umlage bereits wieder aufgehoben worden. Ich möchte eine Umlage, die auf solider Basis steht. Deswegen: erst die Studie, dann ein Konzept. Wir haben im Haushalt bereits 800.000 Euro dafür vorgesehen. Es wird ernsthaft daran gearbeitet, die Ausbildungsumlage umzusetzen. Ich hoffe auf Unterstützung aus Ihren Reihen.

(Beifall bei der CSU)

Herr Kollege Seidenath hat darauf hingewiesen, dass die Ausbildung in den nächsten zwei Jahren ein Schwerpunkt sein wird.

Wir haben auch einen Ansatz zur investiven Förderung der Angebote der Tages-, Nacht- und Kurzzeitpflege für Menschen mit Demenzerkrankungen. 1,5 Millionen Euro

stehen dafür zur Verfügung. Natürlich könnte man immer sagen: Wir wollen noch mehr und noch mehr. Aber man muss auch bei den Neuauflagen von Programmen erst einmal schauen, wie sie abgerufen und angenommen werden. Wenn wir dann mehr benötigen, werde ich als Gesundheits- und Pflegeministerin das hoffentlich dem Haushaltsausschuss so darlegen können, dass wir noch mehr Gelder bekommen können. Ich denke aber, wir sollten Schritt für Schritt vorgehen, und das tun wir mit unserem Haushalt.

Wir wollen auch etwas in Bezug auf pflegende Angehörige erreichen. Herr Kollege Leiner, Sie haben Pflegestützpunkte angesprochen. Bei uns in Bayern gibt es die Fachstellen für pflegende Angehörige, die in der Fläche angesiedelt sind. Deswegen brauchen wir keine Doppelstruktur bei den Pflegestützpunkten. Wir setzen auf die Fachstellen für pflegende Angehörige.

(Beifall bei der CSU)

Es muss uns darum gehen zu schauen, was angenommen wird und wo es sich eher um eine Doppelstruktur handelt.

Ein ernstes Thema, das mich sehr bewegt und beschäftigt, ist die Sterbebegleitung in der letzten Lebensphase. Für mich gehört es zu einer humanen Gesellschaft, Schwerstkranken und sterbenden Menschen ein würdevolles Sterben zu ermöglichen. Deswegen sollte Sterben viel stärker ein Teil des Lebens sein und sollte weder künstlich verlängert noch künstlich verkürzt werden. Deswegen lehne ich aktive Sterbehilfe entschieden ab.

(Beifall bei der CSU)

Es gilt für mich nach wie vor: Wir müssen dafür sorgen, dass ein Mensch an der Hand eines anderen versterben kann, aber eben nicht durch die Hand eines anderen.

(Beifall bei der CSU)

Ich warne in diesem Zusammenhang dringend davor, Möglichkeiten zur assistierten Selbsttötung zu eröffnen. Gemeinnützige Sterbehilfeorganisationen sollten in Deutschland gesetzlich nicht erlaubt werden. In meinen Augen sollten wir alten und schwerstkranken Menschen nicht das Gefühl vermitteln, dass sie der Gesellschaft zur Last fallen. Wir sollten ihnen vielmehr ein Leben in Würde und möglichst ohne Schmerzen bis zuletzt ermöglichen. Das muss unser Ansatz sein, und daran müssen wir arbeiten.

(Beifall bei der CSU)

In Bayern handeln wir nach unseren Überzeugungen. Wir haben in der Palliativversorgung und bei den Hospizen in den letzten Jahren massiv Betten aufgebaut. Es gibt sehr viele Palliativstationen in Bayern. Es gibt palliativmedizinische Dienste an einzelnen Häusern. Es gibt an insgesamt 94 Krankenhäusern eine stationäre Palliativversorgung. Wir haben 29 Palliativteams in der ambulanten Versorgung. Wir haben Hospize in Bayern. Wir wollen und brauchen noch mehr. Deswegen fördern wir auch den Aufbau von Hospizbetten mit 10.000 Euro, um noch mehr erreichen zu können. Wir haben insgesamt die Chance zu investieren und wollen weiter vorankommen. An dieser Stelle ein herzliches Dankeschön an all diejenigen, die im Haupt- und im Ehrenamt in der Palliativversorgung und in den Hospizen mitarbeiten. Ein ganz herzliches Dankeschön! Ich habe sehr viel Respekt vor den Menschen, die dort tätig sind.

(Beifall bei der CSU)

Deswegen werde ich mich übrigens in Bezug auf die Hospize auch auf Bundesebene dafür einsetzen, dass 100 % der zuschussfähigen Kosten übernommen werden. Ich glaube, das wäre ein großer Schritt für die Hospize in Bayern.

Ich wollte Ihnen eines aufzeigen: Wir werden im Gesundheits- und Pflegebereich einerseits Kontinuität haben, und zwar mit Krankenhausinvestitionen und den Fördermitteln, die wir bisher aufbringen konnten. Uns geht es andererseits darum, Schwerpunkte zu setzen, wenn neue Herausforderungen und aktuelle Entwicklungen anstehen. Wir

wollen uns ebenfalls sehr stark auf Berliner Ebene einbringen, weil dort im Rahmen der Gesetzgebung derzeit viel läuft.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, an dieser Stelle danke ich noch einmal für das gute Miteinander im Ausschuss. Ich werde den Dank, der vielfach von Ihnen geäußert worden ist, an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Gesundheits- und Pflegeministerium gerne weitergeben. Ich kann Ihnen sagen, dass dort wirklich sehr viel geleistet wird. Vielen herzlichen Dank!

(Anhaltender Beifall bei der CSU)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Frau Ministerin, Herr Professor Bauer von den FREIEN WÄHLERN hat sich, wenn auch etwas spät, zu einer Zwischenbemerkung gemeldet.

Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer (FREIE WÄHLER): Frau Staatsministerin, Sie haben von Ihren Aufgaben und Tätigkeiten berichtet. Das habe ich sehr wohl vernommen. Über eine wichtige Strukturentscheidung haben Sie leider keinen Satz verloren, nämlich zur Strukturentscheidung über die Einsetzung einer Pflegekammer. Sie haben mehrmals angekündigt, dass die Entscheidung bis zum Jahresende fällt. Heute haben wir die letzte Plenarsitzung. Deshalb bitte ich Sie um eine Aussage, wie diese Entscheidung ausgefallen ist: Pflegekammer ja oder Pflegekammer nein. – Danke.

Staatsministerin Melanie Huml (Gesundheitsministerium): Lieber Herr Kollege Bauer, es ist richtig, dass uns das Thema Pflegekammer sehr beschäftigt. Wir haben schon immer gesagt, dass wir eine starke Interessenvertretung der Pflegenden brauchen. Dazu gibt es ein entsprechendes Konzept meines Hauses. Sie wissen, dass es Befürworter und Gegner der Pflegekammer gibt. Gerade bin ich dabei, das abzusprechen. Deswegen kann ich Ihnen heute noch nicht das endgültige Ergebnis präsentieren; denn wir befinden uns gerade im Abstimmungsprozess. Es gibt jedoch einen konkreten Vorschlag aus meinem Haus. Gerne werde ich diesen mit Ihnen absprechen.

(Beifall bei der CSU)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Danke schön. – Liebe Kolleginnen und Kollegen, weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Deshalb ist die Aussprache geschlossen. Wir kommen nun zur Abstimmung. Der Abstimmung liegen der Entwurf des Haushaltsplan 2015/2016, Einzelplan 14, die Änderungsanträge auf den Drucksachen 17/4142 bis 17/4157, 17/4327 bis 17/4334, 17/4351 bis 17/4359, 17/4416 und 17/4417 sowie die Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen auf der Drucksache 17/4608 zugrunde.

Vorweg lasse ich jetzt, wie von der SPD-Fraktion und der Fraktion der FREIEN WÄHLER beantragt, über die Änderungsanträge auf den Drucksachen 17/4155, 17/4351, 17/4352, 17/4358 und 17/4359 in einfacher Form abstimmen. Der federführende Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen empfiehlt die Änderungsanträge zur Ablehnung.

Wer entgegen dem Ausschussvotum dem SPD-Änderungsantrag auf der Drucksache 17/4155 zustimmen möchte, den bitte ich um ein Handzeichen. – Das ist die Fraktion der SPD. Gegenstimmen? – Das ist die CSU-Fraktion. Stimmenthaltungen? – Das sind die Fraktionen der FREIEN WÄHLER und von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Damit ist der Änderungsantrag abgelehnt.

Damit komme ich zur Einzelabstimmung zum FW-Änderungsantrag auf der Drucksache 17/4351. Wer entgegen dem Ausschussvotum dem Änderungsantrag zustimmen möchte, den bitte ich um ein Handzeichen. – Das ist die Fraktion der FREIEN WÄHLER. Gegenstimmen? – Das sind die Fraktionen der CSU und der SPD. Stimmenthaltungen? – Das ist die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Damit ist der Änderungsantrag abgelehnt.

Jetzt komme ich zur Abstimmung über den FW-Änderungsantrag auf der Drucksache 17/4352. Wer entgegen dem Ausschussvotum dem Änderungsantrag zustimmen möchte, den bitte ich um ein Handzeichen. – Das ist die Fraktion der FREIEN WÄH-

LER. Gegenstimmen? – Das ist die Fraktion der CSU. Stimmenthaltungen? – Das sind die Fraktionen der SPD und von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Der Änderungsantrag ist abgelehnt.

Jetzt komme ich zur Abstimmung über den FW-Änderungsantrag auf der Drucksache 17/4358. Wer entgegen dem Ausschussvotum dem Änderungsantrag zustimmen möchte, den bitte ich um ein Handzeichen. – Das ist die Fraktion der FREIEN WÄHLER. Gegenstimmen? – Das ist die Fraktion der CSU. Stimmenthaltungen? – Das sind die Fraktionen der SPD und von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Damit ist der Änderungsantrag abgelehnt.

Jetzt komme ich zur Abstimmung über den FW-Änderungsantrag auf der Drucksache 17/4359. Wer entgegen dem Ausschussvotum dem Änderungsantrag zustimmen möchte, den bitte ich um ein Handzeichen. – Das ist die Fraktion der FREIEN WÄHLER. Gegenstimmen? – Das ist die CSU-Fraktion. Stimmenthaltungen? – Das sind die Fraktionen der SPD und von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Damit ist der Änderungsantrag abgelehnt.

Der Einzelplan 14 wird vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen mit den in der Beschlussempfehlung auf der Drucksache 17/4608 genannten Änderungen zur Annahme empfohlen. Die Abstimmung soll in namentlicher Form erfolgen. Abstimmungsgrundlage ist der Einzelplan 14 mit den vom Haushaltsausschuss vorgeschlagenen Änderungen. Für die Stimmabgabe stehen die Urnen wieder bereit. Ich bitte Sie, noch ganz kurz zuzuhören. Die Abstimmung dauert fünf Minuten. Danach bitte ich Sie, sofort wieder Platz zu nehmen. Im Anschluss werden wir gleich den Tagesordnungspunkt 19 aufrufen und die Wahl durchführen. Ich eröffne nun die Abstimmung. Sie haben fünf Minuten Zeit.

(Namentliche Abstimmung von 10.46 bis 10.51 Uhr)

Die Stimmabgabe ist abgeschlossen. Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir zählen außerhalb des Plenarsaals aus. Ich darf Sie nun bitten, sich wieder hinzusetzen. Ich

möchte nämlich gerne Tagesordnungspunkt 19 aufrufen. – Ich bitte doch, Platz zu nehmen, meine Damen und Herren!

(...)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, wir fahren fort. Das Ergebnis der Abstimmung über Einzelplan 14 liegt vor. Mit Ja haben 86 Abgeordnete gestimmt, mit Nein haben 73 gestimmt, Stimmenthaltungen gab es keine. Damit ist der Einzelplan 14 mit den vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen vorgeschlagenen Änderungen angenommen.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 1)

Gemäß § 126 Absatz 6 der Geschäftsordnung gelten gleichzeitig die vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zur Ablehnung vorgeschlagenen Änderungsanträge, soweit über sie nicht einzeln abgestimmt worden ist, als erledigt. Eine Liste dieser Änderungsanträge liegt Ihnen vor.

(Siehe Anlage 2)

Außerdem schlägt der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen noch folgende Beschlussfassung vor:

Das Staatsministerium der Finanzen, für Landesentwicklung und Heimat wird ermächtigt, die erforderlichen Berichtigungen insbesondere in den Erläuterungen, der Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen und den sonstigen Anlagen beim endgültigen Ausdruck des Einzelplanes vorzunehmen.

Wer dem zustimmen möchte, den bitte ich um sein Handzeichen. – Was ist mit euch, der CSU? Wollt ihr nicht mitstimmen? – Das ist ganz unverfänglich; ihr könnt alle zustimmen. Ich darf zwar keine Beeinflussung ausüben, dies aber dennoch sagen. Bisher war es immer einstimmig. – Wer will also zustimmen? – CSU, SPD und FREIE WÄHLER. Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen. – Keine Gegenstimmen. Stimmenthal-

tungen? – Bei Stimmenthaltung von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ist das so beschlossen.

Unter Bezugnahme auf die Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen auf Drucksache 17/4608 weise ich darauf hin, dass die Änderungsanträge auf den Drucksachen 17/4327 bis 17/4334, 17/4416 und 17/4417 damit ihre Erledigung gefunden haben.

Die Beratung des Einzelplans 14 ist somit abgeschlossen.

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 11.12.2014 zu Tagesordnungspunkt 18: Haushaltsplan 2015/2016;
Einzelplan 14 für den Geschäftsbereich des Bayerischen Staatsministeriums für Gesundheit und Pflege
(Drucksache 17/4608)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich	Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Adelt Klaus		X		Gehring Thomas		X	
Aigner Ilse				Gerlach Judith	X		
Aiwanger Hubert		X		Gibis Max	X		
Arnold Horst		X		Glauber Thorsten		X	
Aures Inge		X		Dr. Goppel Thomas	X		
				Gote Ulrike		X	
Bachhuber Martin	X			Gottstein Eva		X	
Prof. (Univ. Lima) Dr. Bauer Peter		X		Güll Martin		X	
Bauer Volker	X			Güller Harald		X	
Baumgärtner Jürgen	X			Guttenberger Petra	X		
Prof. Dr. Bausback Winfried	X						
Bause Margarete		X		Haderthauer Christine			
Beißwenger Eric	X			Häusler Johann		X	
Dr. Bernhard Otmar	X			Halbleib Volkmar			
Biedefeld Susann				Hanisch Joachim		X	
Blume Markus	X			Hartmann Ludwig		X	
Bocklet Reinhold	X			Heckner Ingrid	X		
Brannekämper Robert	X			Heike Jürgen W.			
Brendel-Fischer Gudrun	X			Herold Hans	X		
Brückner Michael	X			Dr. Herrmann Florian	X		
von Brunn Florian		X		Herrmann Joachim			
Brunner Helmut				Dr. Herz Leopold		X	
				Hiersemann Alexandra		X	
Celina Kerstin		X		Hintersberger Johannes	X		
				Hofmann Michael	X		
Dettenhöfer Petra	X			Holetschek Klaus	X		
Dorow Alex				Dr. Hopp Gerhard	X		
Dünkel Norbert	X			Huber Erwin	X		
Dr. Dürr Sepp		X		Dr. Huber Marcel	X		
				Dr. Huber Martin	X		
Eck Gerhard	X			Huber Thomas	X		
Dr. Eiling-Hütig Ute	X			Dr. Hünnerkopf Otto	X		
Eisenreich Georg				Huml Melanie	X		
Fackler Wolfgang	X			Imhof Hermann	X		
Dr. Fahn Hans Jürgen		X					
Fehlner Martina		X		Jörg Oliver	X		
Felbinger Günther		X					
Flierl Alexander	X			Kamm Christine		X	
Dr. Förster Linus				Kaniber Michaela	X		
Freller Karl	X			Karl Annette		X	
Füracker Albert				Kirchner Sandro	X		
				Knoblauch Günther		X	
Ganserer Markus		X		König Alexander	X		
Prof. Dr. Gantzer Peter Paul		X		Kohnen Natascha		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Kränzle Bernd			
Dr. Kränzlein Herbert		X	
Kraus Nikolaus		X	
Kreitmair Anton	X		
Kreuzer Thomas	X		
Kühn Harald	X		
Ländner Manfred			
Lederer Otto	X		
Leiner Ulrich		X	
Freiherr von Lerchenfeld Ludwig	X		
Lorenz Andreas	X		
Lotte Andreas		X	
Dr. Magerl Christian		X	
Dr. Merk Beate			
Meyer Peter		X	
Mistol Jürgen		X	
Müller Emilia	X		
Müller Ruth		X	
Mütze Thomas		X	
Muthmann Alexander		X	
Neumeyer Martin	X		
Nussel Walter	X		
Osgyan Verena		X	
Petersen Kathi		X	
Pfaffmann Hans-Ulrich		X	
Prof. Dr. Piazolo Michael		X	
Pohl Bernhard		X	
Pschierer Franz Josef	X		
Dr. Rabenstein Christoph		X	
Radlmeier Helmut	X		
Rauscher Doris		X	
Dr. Reichhart Hans	X		
Reiß Tobias	X		
Dr. Rieger Franz	X		
Rinderspacher Markus		X	
Ritt Hans	X		
Ritter Florian		X	
Roos Bernhard		X	
Rosenthal Georg		X	
Rotter Eberhard	X		
Rudrof Heinrich	X		
Rüth Berthold	X		
Sauter Alfred	X		
Scharf Ulrike	X		
Scheuenstuhl Harry		X	
Schindler Franz		X	
Schmidt Gabi		X	
Schmitt-Bussinger Helga		X	
Schöffel Martin	X		
Schorer Angelika	X		

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Schorer-Dremel Tanja	X		
Schreyer-Stäblein Kerstin	X		
Schulze Katharina		X	
Schuster Stefan		X	
Schwab Thorsten	X		
Dr. Schwartz Harald	X		
Seehofer Horst			
Seidenath Bernhard	X		
Sem Reserl	X		
Sengl Gisela		X	
Sibler Bernd	X		
Dr. Söder Markus			
Sonnenholzner Kathrin		X	
Dr. Spaenle Ludwig			
Stachowitz Diana			
Stamm Barbara	X		
Stamm Claudia		X	
Steinberger Rosi		X	
Steiner Klaus	X		
Stierstorfer Sylvia	X		
Stöttner Klaus	X		
Straub Karl	X		
Streibl Florian		X	
Strobl Reinhold		X	
Ströbel Jürgen			
Dr. Strohmayr Simone			
Stümpfig Martin		X	
Tasdelen Arif		X	
Taubeneder Walter	X		
Tomaschko Peter	X		
Trautner Carolina	X		
Untertländer Joachim	X		
Dr. Vetter Karl		X	
Vogel Steffen	X		
Waldmann Ruth		X	
Prof. Dr. Waschler Gerhard	X		
Weidenbusch Ernst	X		
Weikert Angelika		X	
Dr. Wengert Paul		X	
Werner-Muggendorfer Johanna		X	
Westphal Manuel	X		
Widmann Jutta		X	
Wild Margit			
Winter Georg	X		
Winter Peter	X		
Wittmann Mechthilde	X		
Woerlein Herbert		X	
Zacharias Isabell		X	
Zellmeier Josef	X		
Zierer Benno		X	
Gesamtsumme	86	73	0

Mitteilung

zu Tagesordnungspunkt 18

Aufstellung der im Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zur Ablehnung empfohlenen Änderungsanträge zum Einzelplan 14:

1. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Förderung der Familienpflege
(Kap. 14 04 Tit. 684 01)
Drs. 17/4142
2. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Zuwendungen für die Finanzierung betriebsnotwendiger Investitionsaufwendungen bei bedarfsgerechten Pflegediensten, teil- und vollstationären Pflegeeinrichtungen sowie Einrichtungen der Tages- und Kurzzeitpflege
(Kap. 14 04 TG 70)
Drs. 17/4143
3. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Zuwendungen für den Ausbau von Pflegestützpunkten
(Kap. 14 04 TG 70 neuer Tit.)
Drs. 17/4144
4. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Errichtung einer bayerischen Pflegekammer
(Kap. 14 04 TG 82)
Drs. 17/4145
5. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Maßnahmen, Dienste und Einrichtungen zur Versorgung von Menschen mit einer psychischen Behinderung, psychiatrische Modell- und Präventionsvorhaben
(Kap. 14 05, TG 62)
Drs. 17/4146
6. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Kathrin Sonnenholzner, Stefan Schuster u.a. SPD
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Zusätzliche Stellen im Referat 27 des Staatsministeriums für Gesundheit und Pflege
(Kap. 14 01 Tit. 422 01)
Drs. 17/4147
7. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Kathrin Sonnenholzner, Harald Güller u.a. SPD
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Öffentlichkeitsarbeit und Aufklärungsmaßnahmen zur Organtransplantation
(Kap. 14 03 Tit. 531 93)
Drs. 17/4148
8. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Kathrin Sonnenholzner, Harald Güller u.a. SPD
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Familienpflege sichern
(Kap. 14 04 Tit. 684 01)
Drs. 17/4149
9. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Kathrin Sonnenholzner, Harald Güller u.a. SPD
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Förderung ambulanter Wohnprojekte für pflegebedürftige Menschen
(Kap. 14 04 TG 70)
Drs. 17/4150
10. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Kathrin Sonnenholzner, Harald Güller u.a. SPD
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Staatliche Förderung der Modernisierung von Altenpflegeeinrichtungen
(Kap. 14 04 TG 70)
Drs. 17/4151
11. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Kathrin Sonnenholzner, Harald Güller u.a. SPD
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Verbesserung der Beratung Pflegebedürftiger durch flächendeckenden Ausbau von Pflegestützpunkten

- (Kap. 14 07 TG 70 neuer Tit.)
Drs. 17/4152
12. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Kathrin Sonnenholzner, Harald Güller u.a. SPD
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Maßnahmen und Einrichtungen zur Bekämpfung der Immunschwächekrankheit AIDS (Kap. 14 05 TG 52)
Drs. 17/4153
13. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Kathrin Sonnenholzner, Franz Schindler u.a. SPD
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Maßnahmen und Einrichtungen zur Bekämpfung der Immunschwächekrankheit AIDS in bayerischen Justizvollzugsanstalten (Kap. 14 05 TG 52)
Drs. 17/4154
14. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Kathrin Sonnenholzner, Klaus Adelt u.a. SPD
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Förderung von Suchtbekämpfung und Drogentherapie – insbesondere Kampf gegen Crystal Meth (Kap. 14 05 Tit 684 60)
Drs. 17/4155
15. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Kathrin Sonnenholzner, Franz Schindler u.a. SPD
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Zuschüsse für laufende Zwecke an soziale und ähnliche Einrichtungen zur Suchtbekämpfung und Drogentherapie – Aufstockungsmittel für die Suchtberatung in den Justizvollzugsanstalten durch externe Fachkräfte (Kap. 14 05 Tit. 684 60)
Drs. 17/4156
16. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Kathrin Sonnenholzner, Stefan Schuster u.a. SPD
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Verbesserung der Personalausstattung in der bayerischen Gesundheitsverwaltung (Kap. 14 30 Tit. 422 01)
Drs. 17/4157
17. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Karl Vetter u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Umstrukturierung Krankenhäuser im ländlichen Raum (Kap. 14 02 neuer Tit.)
Drs. 17/4351
18. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Karl Vetter u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Förderung der Heilbäder (Kap. 14 03 Tit. 681 01)
Drs. 17/4352
19. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Karl Vetter u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Förderung Niederlassung freiberuflicher Hebammen (Kap. 14 03 neue TG)
Drs. 17/4353

20. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Karl Vetter u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Förderung der Palliativ- und Hospizversorgung
(Kap. 14 04 Tit. 684 69)
Drs. 17/4354
21. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Förderung alternativer Wohn- und Lebensformen
(Kap. 14 04 Tit. 684 70)
Drs. 17/4355
22. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Karl Vetter u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Förderung psychiatrische Pflegedienste
(Kap. 14 04 TG 71)
Drs. 17/4356
23. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Hans Jürgen Fahn u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Förderung des Programms „Elterntalk“
(Kap. 14 05 Tit. 531 60)
Drs. 17/4357
24. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Hans Jürgen Fahn u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Förderung von Suchtprävention und Drogentherapie
(Kap. 14 05 Tit. 531 60)
Drs. 17/4358
25. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Karl Vetter u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Förderung von Präventionsmaßnahmen Crystal Meth
(Kap. 14 05 Tit. 531 60)
Drs. 17/4359